

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 195.

Donnerstag, den 22. August 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Mittelstands-Rettungsschwindel.

Die Mittelstands-Rettungsaktion gipfelte in einer Reihe von Bundesstaaten nach Injizieren der Inflationsschere und anderer gefeglicher Narreteien in Einführung der Warenhaussteuer. Dieses Gesetz dient fast nur dem politischen Bauernfang, das wußten am besten die Vertreter jener Parteien, deren Herrschaft die Existenz der Warenhaussteuer ihr Sein verdankt. Sonderbar wäre es, hätten dieselben Großkapitalisten, die jenes Gesetz zum angeblichen Schutze des Mittelstandes geschaffen haben, dem Großkapital im Detailhandel wirklich zu Leibe gehen wollten. Sie, die ihr Vermögen und die laufende Einkünfte zum großen Teil aufgebaut haben auf Vernichtung der Mittelstandsexistenzen, wollten die Mittelstandssteuer nur für ihre politischen Zwecke einführen, sie legten den Warenhäusern eine unberechtigte Steuer auf, die den kapitalkräftigen Betrieben nichts schadete, aber den kleinen Gewerbetreibenden noch weniger nützte. Man trieb ein leichtfertiges Gaukelspiel. Die Sozialdemokratie hat immer und immer wieder darauf hingewiesen, daß die Hauptwirkung des Warenhaussteuer-Gesetzes in einer Ausdehnung der großen Warenhäuser zum Ausdruck kommen würde, denn die von der Steuer betroffenen Betriebe würden durch eine Erweiterung ihrer Geschäfte, durch die Vergrößerung ihrer Umsätze versuchen, die Schmälerung ihres Gewinnes weit zu machen.

Der vorliegende Ausweis über die Ergebnisse der Warenhaussteuer in Preußen für das Jahr 1906 bestätigt von neuem die Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung. Nach den Angaben der amtlichen statistischen Correspondenz ist die Zahl der steuerpflichtigen Betriebe von 109 im Jahre 1901 auf 93 im Jahre 1905 und 90 im Jahre 1906 zurückgegangen. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1901 ca. 3 Millionen Mark, im Jahre 1905 ca. 3,1 Millionen Mark, im Jahre 1906 etwa 2,5 Millionen Mark. Die Correspondenz widerlegt selbst die Annahme, daß etwa unter der Wirkung der Steuer irgend welche Warenhausbetriebe aufgegeben wurden. Sie hebt hervor, daß im Jahre 1902 19 bis dahin steuerpflichtig gewesene Warenhäuser mit einem Umsatz von 17,29 Millionen Mark Steuerfreiheit erzielten, ihnen folgten im Jahre 1903 9 Betriebe mit 6,78 Millionen Mark Jahresumsatz. Der auf den einzelnen Warenhausbetrieb entfallende Steuerbetrag liegt von 23 230 Mark im Jahre 1905 auf 28 058 Mark im Jahre 1906. Die Warenhäuser hatten sich durch die Ausschaltung irgend eines oder mehrerer unbedeutender Artikel in Spezialgeschäfte verwandelt. Ob nun der Kleinhandel von Spezialgeschäften oder Warenhäusern getroffen wird, kann ihm am Ende gleich sein. Die Kraft, die ihn vernichtet, ist die gleiche, es ist das ihm wirtschaftlich überlegene Großkapital. Die statistische Correspondenz folgert sehr richtig, daß sich für die neueste Zeit eine günstige Entwicklung der Warenhausbetriebe ergibt, deren weitere Ausdehnung offenbar durch die Warenhaussteuer nicht beeinträchtigt wird, zumal sie vielfach vom Großkapital unterstützt werden und die Steuer abzuwälzen verstanden haben. Die Korrespondenz führt weiter aus, daß Hand in Hand mit dem Aufschwunge im Warenhausgewerbe neuerdings ein beträchtlicher Rückgang des gewerblichen Kleinbetriebes geht. Auf zehntausend der städtischen Bevölkerung kamen nämlich in Preußen im Jahre 1901 206, im Jahre 1905 205, im Jahre 1906 dagegen nur 202, insbesondere in Berlin in denselben Jahren 264 bzw. 261 und 256 Gewerbesteuerpflichtige der Klasse IV.

Der Aufsaugungsprozeß des Kleinhandels durch das Großkapital wird wieder einmal amtlich bestätigt, nur Narren oder politische Bauernfänger können diesen Ziffern gegenüber eine Erhöhung der Warenhaussteuer als ein zweckmäßiges „Rettungsmittel“ empfehlen. Die Entwicklung ist in allen Staaten und Städten die gleiche. Die Sozialdemokratie allein will und kann den unter dem Druck des Großkapitals leidenden Kleingewerbetreibenden den notwendigen und wirksamen Schutz verschaffen; er ist nur zu erreichen durch eine umfassende Sozialpolitik, durch zweckmäßige Zollpolitik, durch eine kräftige Besteuerung der größeren Einkommen, Vermögen und Erbschaften.

7. Internationaler Sozialisten-Kongress.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

C. B. Stuttgart, den 21. August 1907.

Zweite Plenarsitzung.

Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr. Auf seinen Vorschlag bewilligt der Kongress aus seiner Klasse

500 Francs für die Abgebrannten in Darmshcim.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Kolonialfrage. Zu dieser liegen folgende Resolutionen vor: 1. Die Resolution der Kommissionsmehrheit. Sie stellt fest, daß der Nutzen der Kolonien für die Arbeiterklasse stark übertrieben wird, verwirft aber nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch wirken können. Die Resolution verlangt ferner Bestätigung der die jetzige Kolonisationsmethode brandmarkenden Resolutionen der Kongresse von Paris (1900) und Amsterdam (1904), konstatiert, daß die heutige Kolonialpolitik die Gefahren kriegerischer Verwicklung und die Ausgaben für Meer und Flotte steigert, verlangt, daß die an den Kolonien interessierten Kapitalisten auch die Kosten der Kolonialpolitik tragen, beauftragt die sozialistischen Abgeordneten in den einzelnen Parlamenten, die Methode der skrupellosen Ausbeutung und Verklaffung aufzudecken und zu brandmarken, für die Rechte und die Verbesserung des Loses der Eingeborenen einzutreten und auf die Regierungen im Sinne der Schaffung eines international garantierten Eingeborenenrechts einzutreten. — Diesen letzten Passus will ein von der sozialdemokratischen Partei Hollands beantragtes Amendement gestrichen wissen.

2) Die Resolution der Minderheit (Ledebour, Wurm, Delaporte, Braae und Karst) will den Absatz 1 (Akzeptierung einer Kolonialpolitik unter sozialistischem Regime) sowie den letzten Absatz (Schaffung eines internationalen Eingeborenenrechts) gestrichen wissen und verurteilt die in der Mehrheitsresolution ausgesprochene Verurteilung der kapitalistischen Kolonialpolitik.

3) Eine Resolution der englischen Delegation bezeichnet die Aufrechterhaltung der englischen Herrschaft über Indien als ein großes Unglück für dieses Land und spricht die Sympathien des Kongresses für den indischen Freiheitskampf aus.

Wegen der Abwesenheit des größten Teiles der französischen und englischen Delegierten wird die Verhandlung auf eine Viertelstunde vertagt. Sodann wird beschlossen, in der Vormittagsitzung nur das Referat von Kols entgegenzunehmen, da vor der Diskussion die einzelnen Delegationen noch Besprechungen abhalten wollen.

Van Kol referiert namens der Majorität: In der Beurteilung der kolonialen Grenel sind wir alle einig. Ich beschränke mich daher auf die Erörterung der Streitpunkte, die in den Resolutionen der Majorität und Minorität niedergelegt sind. Zwei Auffassungen treten sich entgegen: die eine ist rein negativ, passiv, resigniert; die andere ist positiv und aktiv. Wir sind keine kleine Gruppe mehr, die an die Katastrophentheorie glaubt und sich begnügt, dem Kapitalismus das Zukunftsparadies entgegenzustellen. Wir wollen positiv, aktiv sein. Es ist nicht wahr, daß der Sozialismus der Kolonialpolitik ohnmächtig gegenübersteht. Die Sozialdemokratie Hollands, eines der ältesten Kolonialländer, hat es erreicht, daß man in den holländischen Kolonien nicht mehr alltäglich mordet, brennt, plündert und martert. — Der Standpunkt Ledebours ist utopisch und ich würde es bedauern, wenn die mächtige deutsche Sozialdemokratie diesen Standpunkt sich zu eigen machen und sich in den Schmolzwinkel stellen würde. Verdammst Ledebour die Kolonisation Amerikas? Will er auf die Rohstoffe der Kolonien verzichten? Treten er und die Genossen der Minderheit einfach für die Aufgabe der Kolonien ein? Was soll nach Aufgabe der Kolonien mit dem überschüssigen Bevölkerung, mit dem Übertrag der europäischen Industrie angefangen werden? Wie will er sich als Sozialdemokrat der Pflicht entziehen, an der kulturellen Weiterförderung zurückgebliebener Völker zu arbeiten? — Der letzte Passus der Mehrheitsresolution erscheint allerdings auch mir nicht glücklich. Er fordert Regelung des Eingeborenenrechts durch internationale Verträge. Solche diplomatischen Verhandlungen pflegen der Reaktion, nicht dem Fortschritt zu dienen. Ich bitte daher um Streichung dieses Passus. — Ich gehe in der Anerkennung der bürgerlichen Kolonialpolitik nicht so weit wie Vebel, der in seiner Reichstagsrede vom 1. Dezember v. J. von der Annahme ausging, daß schon im bürgerlichen Staat die Kapitalisten eine Kulturmission erfüllen können. Unsere Resolution ist viel vorsichtiger, kommt Ledebour weit mehr entgegen. — Der internationale Kongress von Paris im Jahre 1900 hat zum emphysem Studium der Kolonialfrage aufgefordert. Wo ist das Kolonialprogramm der deutschen Sozialdemokratie? Sie hat immer nur mit dem Herzen Kolonialpolitik getrieben. Ich habe mit lebhaftester Teilnahme Ledebours warmherzige Reden gelesen, in denen er gegen die Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten der Kolonialpolitik protestierte. Aber getan hat die deutsche Sozialdemokratie nichts für die Entwicklung der deutschen Kolonien; sie ist in der Kolonialfrage nicht auf der Höhe gewesen. Warum sind nicht deutsche Sozialdemokraten in die Kolonien gegangen, um die Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren? Der Vorwurf kolonialer Untätigkeit trifft übrigens ebenso wohl die Franzosen wie die Deutschen. Nur die Genossen des kleinen Hollands haben ihre Pflicht getan und ein koloniales Minimumprogramm ausgearbeitet. Die bedenkliehen Seiten der Haltung der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der Kolonialpolitik haben sich im Wahlkampf gezeigt. Die massenhaft verbreiteten Broschüren Dernburgs haben auf Kleinbürger, ja auch auf Industriearbeiter Eindruck gemacht, trotz ihrer vielen unrichtigen Zahlenangaben. Der Überseer vertritt sich und sagt: Die Broschüren des Genossen Dernburg, Stürmische Heiterkeit, die sich erneut, als Ledebour ruft: So muß es noch kommen! — Dernburg hat die Bedeutung der Kolonien übertrieben, von anderer Seite wird sie aber unterschätzt. — Ich gebe zu,

daß die Industrie Hollands rückständig ist, seit es Kolonien hat. (Hört! Hört!) Die Kapitalisten ziehen es vor, ihr Geld in den Kolonien statt in der heimischen Industrie anzulegen (hört! hört!) Dagegen sind die holländischen Arbeiter in sehr geringem Maße an den Kolonialproften interessiert (hört! hört!) — Die kapitalistische Kolonialpolitik basiert auf der Ausbeutung der Eingeborenen. Ihr müssen wir eine sozialistische Eingeborenenpolitik entgegenstellen. Die großen Kriege der letzten Zeit sind kolonialen Ursachen entsprungen. Ein etwaiger Krieg zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen Japan und Amerika würde aus kolonialen Differenzen entstehen. Daher hat die deutsche Sozialdemokratie alle Ursache, dem Imperialismus auf die Finger zu passen und ihm ein sozialistisches Kolonialprogramm gegenüberzustellen. Aufgabe des Kongresses ist es, dafür zu sorgen, daß Millionen unglücklicher Eingeborenen durch praktische Arbeit die Aussicht auf eine glücklichere Zukunft eröffnet wird. (Lebhafte Beifall b. d. Holländern und Engländern.)

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Die deutsche Delegation wird für die Mehrheitsresolution stimmen.

Nachmittagsitzung.

Quelch-London von der Socialdemocratic Federation wendet sich namens der Minorität zunächst gegen Absatz 1 der Majoritätsresolution, der nicht grundsätzlich jede Kolonialpolitik abgelehnt wissen will. Van Kol will die Anerkennung der bestehenden Zustände und begnügt sich mit einigen Verbesserungen. Für uns als Sozialdemokraten heißt es aber die schroffste Bekämpfung der verbrecherischen Ausbeutungspolitik angebeihen lassen, die im Besen des Imperialismus und Kolonialismus begründet liegt. Von den Regierungen ist keine Besserung zu erwarten. Die Konferenz in Haag, diese Konferenz von Mördern und Dieben, sucht nur die Kosten ihres Mordes und Diebstahls zu verringern. Die Sozialdemokratie muß aufs entschiedenste die koloniale Eroberungspolitik bekämpfen. Das Beispiel der belgischen Genossen zeigt, daß dies durchaus mit Erfolg möglich ist. (Lebh. Beifall.) — Eduard Bernstein spricht für die Majoritätsresolution. Starke Gründe sind besser als starke Worte. Wir dürfen uns nicht auf negative Kritik beschränken, sondern müssen mit positiven Vorschlägen kommen. Wir müssen der kapitalistischen Kolonialpolitik eine sozialistische gegenüberstellen. Die Konsequenz des Minoritätsstandpunktes ist die Aufgabe der Kolonien. Konsequenterweise muß man also Amerika den Indianern überlassen. (Lachen und Widerspruch.) Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird eine gewisse Vormundschaft der Kulturwelt gegenüber zurückgebliebenen Völkern unabwendbar bleiben. (Beifall und Widerspruch.) Wer das leugnet, setzt sich mit den Ansichten von Marx und Lassalle in Widerspruch. Die wachsende Macht des Sozialismus in den Parlamenten gestattet Einflußnahme unserer Abgeordneten auf die Gestaltung der Kolonialpolitik. Die Aufgabe der Kolonien wäre ein Unrecht sowohl gegenüber den Eingeborenen, die dann in Barbarei zurückfallen werden, als auch gegenüber dem Wirtschaftslieben der Kulturwelt, die doch die Naturkräfte der Kolonien nötig hat, mit denen die Eingeborenen nichts anfangen können. Ich halte den ersten und letzten Satz der Resolution nicht für glücklich formuliert. Immerhin ist der Gedanke internationaler Verträge über koloniale Angelegenheiten erwähnenswert. (Lebhafte Beifall und Zischen.)

Ledebour verteidigt die Minoritätsresolution, für die sich auch die Delegierten von Schweden und Norwegen erklärt haben. Nicht vom Genossen van Kol, wohl aber von Bernstein wunderte es mich, daß er unsere positive kolonialpolitische Mitarbeit im Reichstag nicht kennt. Wir haben verschiedentlich tatkräftig in die Kolonialpolitik eingegriffen und haben u. a. durchgesetzt, daß den Eingeborenen Südwestafrikas wenigstens ein Stück des ihnen geraubten Bodens zurückgegeben wird. Mit Bernstein kämen wir bald in den Kolonialkampf. (Beifall.) Zur Zeit des Burenkrieges ist Bernstein auf die Seite der englischen Jingo's getreten. (Zustimmung und Widerspruch.) Selbst Minister Burns war dafür nicht zu haben. — Bernstein hat auch die Annexion Kiautschou's gebilligt. (Hört! Hört!). Wenn irgendwo eine Dummheit begangen wurde, findet sich immer auch ein Revisionsrat, auf den Fürst Bülow sich berufen kann. (Heiterkeit, Beif. und Widerspruch.) Ich halte es für eine Verirrung, wenn ein Teil des Proletariats sich für Kolonialpolitik einfangen läßt. Die Sozialdemokratie darf keine Politik der Bevormundung der Völker mitmachen. Nehmen Sie die Resolution von Kol ab und nehmen Sie unser Amendement an. (Lebh. Beif.)

Dr. David Mainz tritt für die Majoritätsresolution ein. Für sie ist auch die Mehrheit der deutschen Delegation. Der Absatz 1 rechtfertigt in keiner Weise die kapitalistische Kolonialpolitik. Genosse Ledebour, der dem Genossen Bernstein logischen Widerspruch vorwirft, bewegt sich selbst im Zirkel. (Lebh. Beifall namentlich bei den Österreichern.) Will Ledebour die Abschaffung der Kolonien fordern? (Ledebour: Ja wohl!) Nun, dann mögen die englischen und französischen Genossen entsprechende Anträge in ihren Parlamenten stellen. (Sturm, Heiterkeit und Unruhe.) Das würde heißen, diese Territorien den Eingeborenen zurückzugeben. Glaubt man etwa, daß dann dort das Banner der Humanität wird aufgepflanzt werden? O nein, die Gebiete werden in Barbarei und Despotismus zurückfallen. Wir weisen entschieden die Unterstellung zurück, daß wir etwa die Opposition gegen die Schandlichkeiten der kapitalistischen Kolonialpolitik aufgeben wollen.

Nichts liegt uns ferner. — Bebel hat am 1. Dezember v. J. im Reichstage ausdrücklich erklärt: „Daß Kolonialpolitik an und für sich getrieben wird, ist kein Verbrechen. Kolonialpolitik kann unter Umständen eine Kulturthat sein. Es kommt nur darauf an, wie sie getrieben wird.“ (Hört, hört!) Im offiziellen Aufruf der Reichstagsfraktion ist daselbe gesagt. Und diesen Aufruf hat auch Genosse Ledebour mit Unterzeichnung zurückgewiesen, daß Verstehen im Burenkriege auf der Seite der englischen Jingo's getreten sei. Er ist nur der damals in einem großen Teil der deutschen Presse betriebenen Engländerbege entgegengetreten. — Ich bitte um Annahme der Mehrheitsresolution. (Lebh. Beifall.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Donnerstag abgebrochen.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

eb. Stuttgart, 21. August.

Der Vorsitzende der Kommission Südekum teilt mit, daß von Karl Liebknecht eine Zuschrift eingelaufen ist, in der es u. a. heißt: „Genosse Vollmar hat mich persönlich in die Debatte gezogen. Zunächst hat er eine Äußerung meines Vaters zitiert und mit Bezug darauf behauptet, auf den letzten Parteikongressen seien Anträge auf Einstellung einer Kasernenagitation, die als gefährliche Kinderlei zu betrachten sei, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Ich konstatiere, daß die hier gemeinten Anträge von mir gestellt waren und sowohl eine allgemeine wie spezialisierte antimilitaristische Propaganda als besonderen Zweig der Gesamtpartei erstrebten. Dann hat Vollmar mit Rücksicht auf die gegen mich schwebende Anklage die kritischen Worte des Genossen Jaurès mißbilligt. Ich erkläre demgegenüber, daß ich eine solche Rücksichtnahme auf das höchste bedauern würde. Ich wünsche und erwarte vielmehr, daß die gegen mich unternommene Aktion als Klassenjustiz zur Verschärfung und Kräftigung der antimilitaristischen Haltung des Kongresses beitragen möchte.“ (Bravo.)

Vandervelde-Brüssel: Herve hat gesagt, daß Belgien an der Frage als eine so kleine Nation nicht viel interessiert sei. Eine solche Äußerung im Munde eines Antimilitaristen ist immerhin recht merkwürdig. Dazu kommt, daß gerade die kleinen Nationen Opfer eines Krieges sein würden; Belgien überdies wahrscheinlich der Schauplatz des Krieges. Wir sind auch für das Ziel Herves, aber nicht für seine Mittel. Aus den Ausführungen Vollmars klang der Rat an die Franzosen heraus, Herve auszuschießen. Vollmar sollte doch nicht die Ausschließung linksstehender Genossen verlangen, da ja oft auch von der Ausschließung rechtsstehender Genossen die Rede ist. (Vollmar: Ich habe das ja garnicht verlangt!) Herve hat gewiß das Verdienst, in einem so nationalistischen Lande wie Frankreich die Frage des Antimilitarismus aufgerollt zu haben. Sein Rat aber geht dahin, daß die rüchständigsten Menschen die Bewehrung behalten, die fortgeschrittenen sie wegwerfen. Der Burenkrieg hat gezeigt, daß die englischen Arbeiter heroisch dagegen protestiert haben, wie auch im russisch-japanischen Krieg die russischen Arbeiter entschieden gegen den Krieg rebelliert haben. Überall, wo internationale Konflikte vorkommen, weiß die Sozialdemokratie schon, was sie zu tun hat. In der Kritik Herves nimme ich mit Guesde vollkommen überein. Wie feinerzeit gegen die Genossenschaftsbewegung und gegen die Antifaktolbewegung, so führt man jetzt prinzipielle Gründe gegen den Antimilitarismus ins Feld. Das führt zum Doktrinarismus. Dort hatte man die Kräfte und Wirte auf seiner Seite, hier die Chauvinisten. Wir brauchen den Antimilitarismus nicht am Tage nach der sozialen Revolution, sondern jetzt. Das ist keine Ableitung vom praktischen Weg, keine Umgehung, sondern die natürliche Aufgabe des Sozialismus. Mein Herz gehört der Resolution Baillant. Nun ist es wahr, daß Leopold nicht den Krieg erklären wird, (Heiterkeit), daß wir es also leicht haben, für den Fall eines Krieges die Instruktion anzutun. Wir erkennen die Schwere der Aufgabe, die in anderen Ländern bestehen, aber wir glauben, daß doch eine Lösung möglich ist. Wir wollen eine feste Resolution, aber auch eine Übereinstimmung erzielen. Wenn eine Übereinstimmung nicht erzielt würde, wenn die Franzosen erklären, daß sie den Generalstreik machen wollen, die Deutschen aber, daß sie das nicht tun wollen, so ist das eine unumgängliche Situation für einen internationalen Kongress. Daran sollten die Deutschen denken. Als alter Freund der Deutschen, der in einer zwanzigjährigen Kampfgemeinschaft mit ihnen steht, der so viel von ihnen gelernt hat, ihnen so viel verdankt, frage ich sie, ob sie nicht auch einmal aus der Praxis der anderen Länder lernen wollen. Die Majorität des Kongresses findet, daß es schlimm wäre, wenn sich die Franzosen in die antimilitaristische Agitation stürzen wollten, während sich die Deutschen nicht genug zurückhalten können. Wir wollen keine Resolution, die mit tönender Worten nichts umkleidet, sondern wir wollen in allen Ländern den Kampf gegen den Militarismus aufnehmen. Wir müssen arbeiten, um die Hirne der Soldaten für uns zu gewinnen. Wenn wir den Verhandlungen in Haag mit Mühsen und Geringschätzung gegenüberstehen, so sollten wir uns hüten, auch hier das Bild der Schwäche zu geben. (Lebh. Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt Vandervelde nach der Überlegung, er habe sich davon überzeugt, daß Vollmar tatsächlich nicht die Ausschließung Herves verlangt, sondern nur erklärt habe, daß, solange Herve der französischen Partei angehört, sie die Verantwortung für ihn trage.

Dr. Adler-Wien: Die österreichischen Genossen sind mit dem meisten einverstanden, was Vandervelde gesagt hat, sowohl in der Sache, als im Rhythmus. Trotzdem muß ich mit einer Polemik gegen Vandervelde beginnen. Er hat behauptet, Herves Agitation habe doch den Augen gehabt, daß sie ein Gegengewicht gegen den Chauvinismus geschaffen habe. Ich möchte mich nicht gern in auswärtige Angelegenheiten, aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß Guesde und Baillant schon in den achtziger und neunziger Jahren gegen die Revuepolitik protestiert haben, wo das doch viel gefährlicher war als heute. Solche Erzeisse, wie sie Herve begeht, fehlen in keinem Lande. Wenn Vandervelde solche Bemerkungen hat und Belgien welche braucht, wir sind gern bereit, einige davon nach Belgien zu exportieren. Wir brauchen sie nicht. Die Frage liegt auch garnicht zwischen Herve und uns anderen, die Frage liegt zwischen der französischen Art, den antimilitaristischen Charakter des Sozialismus auszudrücken, und der deutschen Art, diesen Gedanken auszudrücken. Herve ist für uns eine Art Baronin Suttner. (Lacht.) Der sozialistische Antimilitarismus geht hervor aus dem Verständnis des politischen und ökonomischen Prozesses überhaupt, und zweitens aus der internationalen Solidarität des Proletariats selbst. Er beschränkt sich nicht auf einen Akt in einem bestimmten Moment, sondern er ist ein integrierender Bestandteil der großen proletarischen Bewegung. Wir brauchen nicht auf die Stunde der Kriegserklärung zu warten, wir gegen den Krieg zu arbeiten. Alle unsere Handlungen, unsere Parteitage dienen dazu, den Krieg zu verhindern, und das ist wahre antimilitaristische Aktion. Wir brauchen dazu keine besonderen Worte. Vielleicht sind unsere Worte nicht so heftig. Da können wir die Konkurrenz nicht aufnehmen; aber das erklären wir Ihnen: daß unser Handeln in Österreich wie in Deutschland nicht nur international sozialistisch,

sondern auch antimilitaristisch und gegen den Krieg gerichtet ist. Bebel hatte es nicht nötig, sich von Herve oder irgend einem anderen eine Lektion gefallen zu lassen. Er ist so ziemlich der einzige hier, der in einem kritischen Moment für einen antimilitaristischen Protest hat blühen müssen. Jaurès hat gesagt, wir sollten mehr tun als bisher, wir sollten zur parlamentarischen Aktion auch die außerparlamentarische fügen. Wir in Österreich sind in der umgekehrten Lage. Wir fangen da erst an, zur außerparlamentarischen die parlamentarische Aktion zu fügen. So sehr ich die parlamentarische Tätigkeit der deutschen Genossen bewundere, so muß ich sagen: wenn die Kraft der deutschen Sozialdemokratie allein auf die Heldentaten der Fraktion gestellt wäre, so wären wir verbannt arme Teufel. Wir legen das größte Gewicht darauf, was wir heute tun, und sehr geringes Gewicht darauf, was wir in einem Falle tun werden, dessen Umstände wir noch nicht berechnen können. Das Wort: „si vis pacem, para bellum“ hat heute eine andere Bedeutung gewonnen, als die herrschenden Klassen glauben. In dem sie den Krieg vorbereiten, bereiten sie tatsächlich den Frieden vor. Denn der kapitalistische Militarismus hat seine eigene Dialektik in den Knochen. Und in dem Maße, in dem sich der Militarismus erweitert, in dem die Bewaffnung sich durch allerlei technische Hilfsmittel vervollkommen, die man auch nicht mehr von der Leipziger oder Wilhelmstraße lenken kann, sondern die durch Proletarierkäufe und Proletarierhirne gehandhabt werden, in dem Maße, wie Proletarier in die Arme eindringen, entwickelt der Militarismus auf dialektischem Wege Dinge, von denen sie sich vielleicht doch etwas träumen lassen oder von denen sie sich vielleicht doch etwas beherrscht zu sein scheinen. Wir können sie auch nicht für so verblendet halten, daß sie die große weltgeschichtliche Lektion schon vergessen hätten, die die russische Revolution ihnen gegeben hat. So blind sind sie doch nicht, daß sie nicht sehen, daß der russisch-japanische Krieg, wenn auch nicht die Ursache so der Anlaß der Revolution war. Ich weiß nicht, ob die russischen Revolutionäre vorher auf einem Kongress die Instruktion beschlossen hatten. Wir tun jedenfalls gut, nicht zu sagen, was wir nicht wissen, und auszusprechen, was wir wissen. Wir wünschen, mit der größten Bestimmtheit in der Resolution auszusprechen, daß der Kongress die wichtigste Aufgabe darin sieht, die Proletarier mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß der Krieg ein Attentat auf ihre Existenz und daß er mit allen Mitteln abzuwehren ist. Wir wünschen, daß die Waffen der Abwehr so stark wie möglich seien und wenn die Deutschen sagen, daß diese Resolution eine Waffe für später ist, so werden wir es ihnen glauben. Aber ich stehe doch nicht uneingeschränkt auf dem Standpunkt Vollmars. Wir dürfen uns in der Resolution ebenso wenig positiv wie negativ festlegen. So haben wir Österreicher es mit dem Generalstreik gehalten. Wir haben gesagt, wir sind keine Freunde des Generalstreiks. Aber wir haben andererseits gesagt, daß wir keinen Anlaß hätten, dieses Mittel auszuschließen. Wir haben die Pflicht, die gesamten Kräfte des Proletariats in einer Form zu konzentrieren, die in jedem Lande und in jedem Moment nötig ist. Wir neigen der Resolution Bebel zu, denn das steht in der Resolution Bebel für jeden, der lesen kann. Ich halte es nicht für nötig, daß wir sie so lesen, wie Vollmar sie gelesen hat. (Jaurès: Nein, mit einer anderen Brille! Heiterk.) Ich habe auch gute Brillen zum Lesen. Ich begreife es, daß die französischen Genossen, die es wirklich nicht leicht haben, eine antimilitaristische Propaganda zu machen, wünschen, daß die deutschen Genossen hinter ihnen nicht zurückbleiben, weil das ihre Position erschweren würde. Aber ich muß als Freund der Deutschen erklären, daß man ihnen Unrecht tut, wenn man annimmt, daß sie bei ihren Argumentationen gewisse Paragraphen des Strafgesetzbuches in den Vordergrund stellen. Die deutschen Genossen haben in einer Woche mehr politische Verfolgungen zu erdulden als die französischen, österreichischen und belgischen Genossen zusammen. Die Furcht ist es also nicht. Aber wir Deutschen haben eine Eigentümlichkeit. Wir wollen lieber nichts tun als reden. Das zuviel reden und zu wenig handeln ist eine uns unympathische Methode. Wir Deutsche haben keinen Sinn für eine dekorative Politik. (Baillant: Wir auch nicht!) Sie, Genosse Baillant, sind in Ihrer Denkweise ein halber Deutscher, aber Sie sind doch mehr gezwungen, in Ihrer Landessprache zu reden. (Heiterkeit.) Gestatten Sie also, daß wir auch in unserem nichternen Deutsch reden. Der Redner weist dann auf die ständige Kriegsgefahr zwischen Österreich und Italien, den beiden Freunden, die sich durch Stachelndrähte und Kanonen ihre Liebe beweisen, und auf die Zusammenkünfte der italienischen und österreichischen Genossen vor drei Jahren, als es galt, gegen den drohenden Krieg zu demonstrieren. Ich kann nun nicht sagen, ob wir nächstens wieder so zusammenkommen, ob wir bei einem Kriege mit- oder ireiten werden. Das sind unbekannte Dinge, die ich nicht weiß. Ich weiß nur, daß wir und daß jedes Volk in einem solchen Moment alles tun wird, was es tun kann, um den Krieg zu verhindern. Das wichtigste ist das tägliche Erziehungswerk am Proletariat, das wichtigste ist das Bewußtsein so zu entwickeln, daß ein Krieg unmöglich wird. Die Resolution muß mit einem Worte sagen, was das Proletariat schon heute will und tun kann. (Lebhafter Beifall.)

Rosa Luxemburg: Ich habe mich auch zum Worte gemeldet, um im Namen der russischen Delegation daran zu erinnern, daß wir auch der großen russischen Revolution denken müssen. Als bei der Eröffnung des Kongresses Vandervelde mit der ihm eigenen Eloquenz der Dankesspflicht an die Märtyrer genügt, haben wir alle den Opfern, den Kämpfern gehuldigt. Aber ich muß doch offen sagen, als ich da nachher manche Reden, so besonders die Vollmar'sche Rede hörte, da kam mir der Gedanke: wenn hier die blutigen Schatten der Revolutionäre wären, so würden sie sagen: „Wir schenken Euch Eure Huldigung, aber lernt von uns!“ Und es wäre ein Verrat an der Revolution, wenn Sie das nicht täten. Auf dem letzten Kongress 1904 in Amsterdam wurde die Frage des Massenstreiks erörtert. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der uns als unreif und unvorbereitet für den Massenstreik erklärte. Aber die materialistische Dialektik, auf die sich Adler überzeugungsvoll berufen hat, hat sofort verwirrt, was wir für unmöglich erklärt haben. Ich muß mich gegen Vollmar und leider auch gegen Bebel wenden, die jagten, wir wären nicht in der Lage, mehr als bisher zu tun. Aber die russische Revolution ist nicht nur aus dem Krieg entsprungen, sondern sie hat auch dazu gedient, den Krieg zu brechen. Der Jaurès hätte sonst sicher den Krieg weiter geführt. Die geschichtliche Dialektik gilt für uns nicht in dem Sinne, daß wir mit verführten Armen zusehen, bis sie uns reife Früchte bringt. Ich bin eine fanatische Anhängerin des Marxismus und betrachte es deshalb darum als eine große Gefahr für uns, in der Resolution einen starren und steifen Standpunkt einzunehmen. Herve ist ein enfant, allerdings ein enfant terrible. (Heiterkeit.) Wenn Vollmar sagte, daß Kautsky nur für seine Person gesprochen habe, so gilt dies doch noch viel mehr für Vollmar. Es ist Tatsache, daß die große Masse des deutschen Proletariats die Anschauungen Vollmars desavouiert hat. Es war auf dem Parteitag in Jena, wo nahezu einstimmig eine Resolution beschloß wurde, die bewies, daß die deutsche Partei eine revolutionäre Partei ist, die aus der Geschichte gelernt hat. In dieser Resolution erklärte sie den Genera-

streik, den sie jahrelang als anarchisch verworfen hatte, als ein Mittel, das unter Umständen angewendet werden kann. Es war nicht der Geist Domela Nieuwenhuis', sondern das große Gespenst der russischen Revolution, das diesen Beschluß herbeigeführt hatte. Allerdings haben wir damals nicht den Massenstreik gegen den Krieg, sondern den für das Wahlrecht im Auge gehabt. Wir können gewiß nicht schwören, daß wir einen Massenstreik machen werden, wenn man uns das Wahlrecht nimmt. Aber ebenförmig können wir schwören, daß wir ihn nur für das Wahlrecht machen werden. Wir in Russland halten es für notwendig, die belgische Resolution zu verschärfen, und wir haben ein Amendement ausgearbeitet, das wir noch vorlegen werden. Ich muß noch hinzufügen, daß wir in Russland ausdrücklich sagen wollen, daß unsere Auffassung sich auf jeden Krieg, der ausbricht, ganz gleich, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg, bezieht. (Beifall.) Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Beitrag zur Internationale des Kapitalismus.

Die schloßjunkerlich interessierte „Rhein.-Westf. Zig.“ schreibt zur Frage des farbigen Lohndruckerimports:

„Deutsche Agrarier haben ja schon bereits einmal die Möglichkeit erwogen, chinesische Kulis für die Landarbeit einzuführen. Wenn sich herausstellte, daß dann die Kulis teurer zu stehen kommen würden als heimische Arbeiter, so könnten sich doch später die Verhältnisse ändern. Tatsache ist jedenfalls, daß das europäische Kapital bei dem herrschenden Arbeitermangel mit den ungeheuren Arbeiterreserven Asiens Fühlung genommen hat. Die Folgen sind unüberschaubar. Die Frage des Kuliimports nach europäischen Ländern wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden. Da die Sozialisten mit Gründen der Klasse und Nationalität, die allein gegen einen Kuliimport ins Feld geführt werden können, nicht gern etwas zu tun haben, suchen sie zunächst glauben zu machen, die Kultur stände in Gefahr. Das ist ein Unfug. Wenn es sich hier um einen modernen Barbareneinbruch handelt, so ist zu bedenken, daß im Grunde noch keine Kultur durch Barbaren vernichtet worden ist. Nur die Römer und Griechen selbst gingen als Nationen in den Stürmen der Völkerwanderung zugrunde, ihre Kultur lebt noch heute in ihren Überbleibseln, den damaligen Barbaren, fort. So lange der chinesische Kuli bedürfnislos bleibt, kann er der Kulturrotation, die ihn verwendet, nur nützen. Er kann der Kultur des Landes, in das er eingeführt wird, ebenso wenig schaden wie arbeitssparende Maschinen. Gefährlich für die ihn beherbergenden Völker wird der Kuli erst, wenn er Kultur annimmt, wenn er sich assimiliert.“

Dieses, der „Volksw. Korr.“ ohne Kommentar, also zu f i m e n d entnommene Kapitalistenbekenntnis ist seiner brutalen Offenherzigkeit wegen höchst bemerkenswert. Kraut- wie Schloßjunker werden sich danach also des farbigen Lohndruckerimports so lange skrupellos bedienen, als die asiatischen Kulis oben Kulis bleiben; d. h. Lohndrucker, durch die das Lebensniveau des Proletariats herabgedrückt werden kann! Erst dann, wenn die bedürfnislosen Asiaten Kultur anzunehmen, sich zu assimilieren beginnen, als Lohndrucker nicht mehr in Frage kommen, beginnen sie der Kapitalistenklasse unangenehm zu werden! Ein geradezu klassisches Bekenntnis der skrupellosen internationalen Volksausbeutungsmoral des Kapitalismus!

Vor der Wahl Liebföngungen nach der Wahl Zutritte.

Die christlichen Gewerkschaften im Saargebiet waren während der letzten Reichstagswahl eifrig unermüdet. Justizrat Volk, der nationalliberale Kandidat in Saarbrücken, und General von Schubert, der nationale Kandidat in Ottweiler-St. Wendel, stiegen mit ihren Helfern herab zum Volke und versicherten, daß sie Freunde des Koalitionsrechts seien und den christlichen Gewerkschaften wohlwollten. Die Herren spekulierten auf die Stimmen der evangelischen Arbeiter, die anderenfalls sich der Stimme enthalten oder für den Zentrumskandidaten gestimmt hätten. Nun sind die Herren Schubert und Volk mit Hilfe der evangelischen Gewerkschafts-Knappen- und Arbeitervereinsmitglieder gewählt worden, und wenn man wissen will, wie die christlichen Arbeiter für ihre Wahlhilfe von den Herren Nationalliberalen gelohnt werden, so lese man in der christlichen Arbeiterpresse, was dort von der Drangsalierung und Maßregelung christlicher Arbeiter durch das nationale Unternehmertum berichtet wird. Die Unternehmerwillkür im Saargebiet hat einen Umfang angenommen, daß unter Führung des Gewerkschaftssekretärs Schneider vom christlichen Bergarbeiterverband eine Aktion „nationaler Arbeiterwähler“ eingeleitet ist, die sich namentlich gegen die Zustände im Wahlkreise Saarbrücken richtet. In einer an die bürgerliche Presse aus diesen Kreisen gerichteten Zuschrift heißt es:

„Die Burbacher und Böcklinger, zeitweise auch die Brabacher Hüttenwerke haben nach getätigter Reichstagswahl mit den schädlichsten Mitteln wieder den Kampf gegen die christlich organisierten Arbeiter aufgenommen, gegen dieselben Arbeiter, denen man bei der Reichstagswahl alle möglichen Volksrechte versprochen. Auf der Burbacher Hütte z. B. sind nach der Reichstagswahl eine ganze Anzahl christlich organisierter Arbeiter gemahregelt worden. Darunter befinden sich Arbeiter, die bei der letzten Wahl aufs eifrigste für den nationalliberalen Kandidaten Justizrat Volk agitiert haben. Erst jetzt ist wieder ein Vertrauensmann des christlichsozialen Metallarbeiterverbandes gemahregelt worden. Von einzelnen Meistern der Hütte werden die christlich organisierten Arbeiter täglich gepeinigt, um sie zu veranlassen, der Organisation den Rücken zu kehren. Der Besitzer der Böcklinger Hütte gibt sogar denen, die darauf verzichteten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, ein Jahresalmoosen von 20 Mk. Daß angeführte solches von nationalliberalen Großindustriellen erzeugten Zustände sich die nationalen Arbeiterwähler jetzt als die Petrogenen fühlen und unter ihnen die größte Erbitterung herrscht ist zu verstehen.“

Zum Schluß wird angekündigt, daß die „nationale Arbeiterwählerchaft“ auf dem diesjährigen Delegiertentag der nationalliberalen Partei den Antrag stellen wird, 1. gegen die gelben Gewerkschaften Stellung zu nehmen, 2. diejenigen Mitglieder der Partei auszuscheiden, die den christlich organisierten Arbeitern ihr Koalitionsrecht vorzuenthalten und die gelben Gewerkschaften zu protegieren, da ein solches Verhalten weder den nationalen noch den liberalen Grundsätzen entspricht. Diesen Antrag sollen drei Arbeiter aus dem Saarrevier auf dem nationalliberalen Parteitag eingehend begründen. Man weiß wirklich nicht, ob die christlichen Arbeiter, die solcherweise jammern und drohen, noch des Mitleids würdig sind, oder ob man sie nicht ausschließen soll, daß sie aller Erfahrung zum Trotz immer noch glauben, durch Liebedienerei dem Unternehmertum gegenüber etwas für sich gewinnen zu können. Wer sein Heil beim Unternehmertum sucht, begeht damit einen Verrat an seiner Klasse, und die nachfolgenden Fußstapfen aus dem kapitalistischen Lager sind eigentlich noch eine zu gelinde Strafe für diesen Verrat!

Peters als Primadonna.

Das Leipziger Limanblatt enthält diese Notiz: „Dr. Karl Peters hat eine Einladung der Konzeptionsdirektion Jules Sachs angenommen, im Oktober in Deutschland Vorlesungen über kolonialpolitische und ethnographische Thematika zu halten. Für Berlin sind der „Post“ zufolge zwei Vorträge festgesetzt. Wir finden diesen Gedanken sehr gut. Auf diese Weise wird die koloniale Politisierung des Volkes zweifellos große Fortschritte machen; denn daß Dr. Peters ein vorzüglicher Kenner von Land und Leuten in den Kolonien ist, wird ihm auch sein bitterster Feind nicht bestreiten wollen.“ — Der „stille, ernste Pastorensohn“ hat sich dem deutschen Volke schon in den verschiedensten Posen gezeigt, und es nimmt auch schließlich nicht wunder, wenn er auf dem Konzertpodium erscheint, um afrikanische Loblieder auf seine Verdienste um die Ausbreitung deutscher Art und Sitte zu singen. Vielleicht erleben wir es noch, daß das amerikanische Riesenunternehmen Barnum & Bailey Peters begehrt, wenn Jules Sachs große Erfolge mit ihm hat.

Rußland.

Eine blutige Statistik. Nicht umsonst, heißt es, daß die Statistik die revolutionärste aller Wissenschaften ist. Im Verlauf von zwei Monaten seit Auflösung der zweiten Duma (vom 3./16. Juni bis zum 2./15. August) sind in verschiedenen Städten des Reiches, nach Zeitungsberichten, von den Kriegsgerichten 83 Todesurteile gefällt worden, von denen 35 bereits vollstreckt wurden. Im gleichen Zeitraum wurden bei Zusammenstößen mit Revolutionären 319 Personen getötet; von diesen waren 32 Privatpersonen und 37 Beamte. Verletzt wurden bei diesen Zusammenstößen 245 Personen, 71 Beamte und 174 Privatpersonen. Ränberische und bewaffnete Überfälle ereigneten sich in dieser Zeit 174. Die Gesamtsumme des geraubten Geldes übersteigt 1 000 000 Rubel, die großen Expropriationen auf den Dampfern und in Tiflis unbegreiflich. Nach denselben Berichten wurden in 63 Fällen Bomben, Explosivgegenstände und Waffenlager entdeckt und in 11 Fällen illegale Druckereien. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß nach Auflösung der zweiten Duma ein neues Kampfmittel gegen die Presse in Anwendung gebracht wurde, und zwar die Auserlegung von Geldstrafen. Dieses Mittel wurde in der angegebenen Zeit in 62 Fällen angewandt. Die Gesamtsumme der den Redakteuren seit dieser Zeit auferlegten Strafen beläuft sich auf 29 550 Rubel. Von der neuen Strafbefugnis hat der Moskauer Gouverneur am allermeisten Gebrauch gemacht. In der angegebenen Zeit setzte er in 19 Fällen Strafen fest. Die Gesamtsumme der Strafen, welche die Moskauer Zeitungen traf, erreicht die Summe von 16 000 Rubel, d. h. mehr als die Hälfte der Strafsomme, die in ganz Rußland den Redakteuren auferlegt wurde. Der Moskauer Generalgouverneur bestrafte nicht nur wegen des gedruckten Wortes, sondern auch wegen des gesprochenen. Von ihm wurden zwei Dozenten bestraft, welche während der Sommerkurse Vorlesungen für Zöglinge hielten. Das neue Kampfmittel gegen die Presse hatte die gewünschte Wirkung. Viele Redakteure mußten flüchten, andere wurden wegen Nichterreichung von Strafgebern ins Gefängnis gesteckt. Am meisten litten die Provinzzeitungen, einige von ihnen mußten ihr Erscheinen ganz einstellen, weil die Druckereien von der Administration geschlossen wurden. Dafür aber ist als Ersatz unter dem Schutz der Behörden eine neue buntsfarbige Literatur der schwarzen Hundertschaften ausgegeben, welche von den drakonischen Repressionsmaßregeln nicht getroffen wird.

Rumänien.

Die Ausweisungen von Arbeitern und Sozialisten nehmen kein Ende. Die Regierung hofft anscheinend, auf diese Weise mit der ganzen Bewegung, deren Existenz eine ständige Anklage gegen die ins „liberale“ Lager übergegangenen Sozialisten bildet, fertig zu werden. Aber die steigende Wut ihrer Verfolgungen beweist nur, daß die Arbeiterbewegung lebt und unausrottbar ist. Am 13. August wurde, wie dem „Vorwärts“ aus Bukarest geschrieben wird, Genosse Unganoffe, einer der tätigen Führer der Bukarester Organisation und der Schuhmachergewerkschaft, ausgewiesen, obwohl er im Lande geboren und den Militärdienst geleistet hat. Die Genossen begaben sich zum Bahnhof, um ihn zu begleiten und ihm ihre Sympathie auszudrücken. Etwa dreihundert Arbeiter fanden sich zu dieser friedlichen Demonstration ein. Plötzlich wurden sie jedoch von einem übermächtigen Polizeiaufgebot umzingelt, ein großer Teil von ihnen verhaftet und die übrigen auseinander getrieben. Die Verhafteten, darunter die meisten Führer der Arbeiterbewegung in Bukarest, wurden wie gemeine Verbrecher dem Untersuchungsrichter überliefert. Welche Gewaltakte die Regierung weiter plant, ist noch nicht bekannt; aber unaufhörlich regnet es Schlag auf Schlag gegen die Arbeiterorganisationen, für die es keine Gesetze und keine Rechte mehr gibt. Die Ruhe und die Selbstbeherrschung, welche die hartgeprüften Arbeiter gegenüber dem anarchischen Treiben der Regierungsbande an den Tag legen, ist bewunderungswürdig.

Eine solche Bewegung kann nicht mehr besiegelt werden, denn sie hat ihr Reisezeugnis abgelegt.

Marokko.

Die Situation in Marokko gestaltet sich allem Anschein nach immer bedrohlicher. Wie der „Köln. Ztg.“ aus Tanger gemeldet wird, beständigen Sonderboten, die aus Marrakesch in Mazagan eingetroffen sind, daß der Bruder des Sultans, der Statthalter von Marrakesch, Muley Hafid, sich zum Sultan ausrufen ließ. Mazagan sei ruhig. Aus allen Teilen Marokkos erging an den Sultan die Aufforderung, gegen Casablanca und Ushda einen Kriegszug zu unternehmen. Nach einer Meldung Pariser Blätter aus Casablanca soll Muley Hafid an der Spitze von 6000 Mann mit Artillerie auf dem Marsche nach Casablanca sein. Der „Matin“ meldet aus Casablanca: Ein neuer Angriff scheint sich am 19. August, mittags, auf dem linken Flügel vorzubereiten. Die dritte aus der Umgebung von Rabat kommende Mahalla nahm den Franzosen gegenüber Aufstellung. — „Petit Parisien“ meldet aus Casablanca: Den Franzosen gelang es nicht, die marokkanischen Reiter zurückzuschlagen. Ihre Lage wird kritisch. — Der „Figaro“ meldet: General Drube verlangte gestern in einem Telegramm an die Regierung Verstärkungen. Die Madrider Zeitungen „Heraldo“ und „Correspondencia“ berichten aus Casablanca, am 19. August hätten die Marokkaner einen neuen Angriff unternommen. Die Meldung werde durch amtliche Depeschen bestätigt. Nach einer englischen Zeitungsmeldung aus Tanger ersuchte der Maghzen die Konsuln und alle anderen Europäer in Fez, die Hauptstadt zu verlassen, da die Bezirke Ruhestörungen befürchten. Zwei Scherifs von Wagan würden die Europäer nach der Küste geleiten. Die „Agence Havas“ berichtet aus San Sebastian: Der Minister des Äußeren erklärte, daß England, Frankreich, Deutschland und Spanien ihre Konsuln in Fez ermächtigt hätten, die Hauptstadt mit ihren Angehörigen zu verlassen, wenn eine Gefahr vorliege. Es sei möglich, daß Spanien und Frankreich eine Note an den Sultan richten werden; augenblicklich bereiten sie nur eine Note bezüglich der Polizei vor. Die Gesandten Frankreichs und Spaniens in Tanger haben Sid Mohammed eine Note übergeben, die auch den Signaturnächten der Algeriasakte mitgeteilt werden wird.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 22. August.

Die Lübecker bürgerliche Rechtsankunftsstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bekanntlich von ihren Gründern nicht einmal aus eigenen Mitteln erhalten werden kann, will jetzt eine Filiale in Schlutup gründen. In einem Tage in jedem Monat soll eine Sprechstunde abgehalten werden. Natürlich wollen die bürgerlichen Parteien die Kosten hierfür nicht selbst tragen, sondern die Gemeinde Schlutup, die zum größten Teil aus Sozialdemokraten besteht, soll bezapen. Es ist doch für unsere Begner viel angenehmer, die Sozialdemokratie aus Gemeindegeldern zu bekämpfen, als wenn man in den eigenen Geldbeutel greifen sollte.

Russische Ansichten über Lübeck. Der russische Generalkonsul in Lübeck, Staatsrat von Fedotschenko, den man in Bremen und Hamburg nicht mehr halten wollte, und der deshalb nach hier veretzt wurde, äußerte sich kürzlich u. a. in einem Schreiben an eine hiesige Firma: „Ich bemerke außerdem, daß ich nicht abgerufen worden bin, sondern meine Enthebung vom Amte nachgesucht habe, da ich es für mich unmöglich hielt, in so einem miserablen, stinkenden Krähenest wie Lübeck zu leben.“ — Das ist zwar sehr grob, wird aber der Russenanbetung maßgebender Kreise keinen Abbruch tun. Ein Russe darf sich eben alles herausnehmen.

Unter dem Titel: „Partieller Töpferstreik“ bringen die hiesigen bürgerlichen Blätter die Meldung von dem Ausstand eines Teiles der Töpfergesellen bei Hirsborn u. Milag. Wir müssen an dieser Stelle konstatieren, daß dem Vorstand des Verbandes der Töpfer von einem partiellen Töpferstreik hier am Orte nichts bekannt ist. Es ist uns wohl bekannt, daß im Geschäft der Firma Hirsborn u. Milag sieben Kollegen aufgehört haben zu arbeiten; laut Tarif hat aber ein jeder Kollege das Recht aufzuhören, wenn er sein Stück Arbeit beendet hat, so gut, als wie dem Unternehmer das Recht zusteht, den Gesellen nach Fertigstellung seiner Arbeit zu entlassen. Wie die Töpfer-Jnnung dazu kommt, dieses einen partiellen Streik zu nennen, wissen wir nicht. Wenn die Töpfer-Jnnung sich dadurch benachteiligt fühlt, daß im Geschäft der Firma Hirsborn u. Milag sieben Kollegen aufgehört haben zu arbeiten, so wäre es doch unserer Meinung nach ihre Pflicht gewesen, dem Vorstande oder der Kommission, die auch in Tarifangelegenheiten übertretungsfälle zu schlichten hat, hiervon Mitteilung zu machen. Dieses ist jedoch bis jetzt noch nicht geschehen. Nähere Richtigstellung zu dem Bericht der bürgerlichen Blätter behalten wir uns noch vor. Der Vorstand des Verbandes der Töpfer, Zahlstelle Lübeck.

Handelsregister. Am 20. August 1907 ist bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma J. E. Würzburg in Lübeck eingetragen: Die Gesellschaft ist infolge des am 28. Januar 1907 erfolgten Ablebens des Gesellschafters J. E. Würzburg aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann G. E. Wiener in Lübeck ist nunmehr alleiniger Inhaber der Firma.

Aus dem Gerichtssaal. Eine unüberlegte Tat führte am Mittwoch ein Kind auf die Anklagebank der Straf-Kammer. Die Ostern aus der Schule entlassene Mz. aus Dunseldorf war als Dienstmädchen bei dem Hüfner M. in Curau tätig. Um von seiner Dienststelle loszukommen, faßte das Mädchen den Plan, das Haus des Brotgebers anzuzünden; das Kind war der Meinung, auf diese Weise seiner Sehnsucht nach der Heimat gerecht werden zu können. Nachdem das Mädchen am 3. Juni den Heuboden in Brand gesteckt hatte, macht es ruhig seine Arbeit weiter. Das Feuer wurde aber bald bemerkt und gelöscht, ehe größerer Schaden entstanden war. Mit drei Monaten Gefängnis muß das von Heimweh geplagte Kind seine reuige Tat büßen. — Der früherer Krankenwärter M. aus Linden stahl am 11. Juli dem Gärtner B. hier eine Weste, ein Jackett, eine Damenuhr und ein Portemonnaie mit 9 Mk. Inhalt. Vollständige Mittellosigkeit war nach des Angeklagten Angabe das Motiv des Diebstahls. Das Gericht verurteilte den mehrfach mit Zuchthaus vorbestraften Angeklagten zu zwei Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 24. bis 31. Juli im ganzen 180 Schiffsunfälle ge-

meldet worden. Es sind 5 Dampfer und 9 Segelschiffe total verloren gegangen, 117 Dampfer und 49 Segelschiffe haben Beschädigungen erlitten.

Öffentlicher Schlachthof. Betrieb im Monat Juli 1907: Es wurden geschlachtet im Monat Juli 1907: Ochsen 15, Bullen 182, Kühe und Stieren 702, fetter Kälber 581, magerer Kälber 344, Lämmer 5, Ziegen 34, Schweine 2571, Schafe 680, Pferde 89, zusammen 5142 Tiere. Beanspruchungen: 1. Untauglich der ganze Tierkörper, gänzlich vernichtet: 2 Kühe wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 2 Kühe wegen tuberkulöser Bauchfellentzündung, 1 Kuh wegen traumatischer Herzbeutelentzündung, 2 Schweine wegen Mieschische Schläuche, 1 Schwein wegen eitriger Bauchfellentzündung, 1 Schwein wegen Darmentzündung mit hochgradiger Abmagerung, 1 Schwein wegen eitriger Blutvergiftung, 1 Kalb wegen Tuberkulose mit hochgradiger Abmagerung, 1 Kalb (im Verenden getötet.) Auf der Freibant verkauft: 8 Kühe wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen wässriger Beschaffenheit des Fleisches, 1/4 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, 8 1/2 Jm Dampfbesinfektor getöcht: 1 Jungbrind wegen Tuberkulose, 2/3 Rindfleisch wegen Tuberkulose, 2/3 Schweinefleisch wegen Tuberkulose, 1/4 Kalbfleisch wegen Tuberkulose, 4 Dem Tiergaren zur Fütterung der Tiere überwiefen: 1 Pferd wegen mangelhafter Ausblutung, 1 Pferd wegen mangelhafter Ausblutung (im Verenden getötet.) 2 Kühe wegen wässriger Durchtränkung des Fleisches, 1 Schaf wegen wässriger Durchtränkung des Fleisches, 1 Ziege wegen wässriger Durchtränkung des Fleisches. Bei den übrigen geschlachteten Tieren sind 2031 1/2 einzelne erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 701 Kilogramm Fleisch auswärts geschlachteter Tiere wurden auf dem Schlachthofe untersucht. Davon wurden vernichtet: 1 Rinderlunge wegen Tuberkulose, 1 Kalbslunge wegen Säulnis.

Die Draehensaison ist wieder einmal da! Niemand wird das Vergnügen, das unseren Jungen das Steigenlassen der großen und kleinen, möglichst selbstgefertigten Drachen bereitet, mißgönnen. Aber bei dem unschuldigen Spiele ist zu beachten, daß die jugendlichen Sportbegeisterten die Nähe von Leitungsdrähten der Telegraphen- und Telephonanlagen meiden müssen, um für sich selbst Verdruss und für ihre Eltern Schäden zu verhüten. Der § 318 des Reichsstrafgesetzbuches lautet: Wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphenanstalt fahrlässigerweise Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 900 Mk. bestraft. Das Dängenbleiben von Drachen an den Leitungsdrähten kann, wenn es der leidige Zufall will, große Verkehrsstörungen nach sich ziehen — also Vorsicht!

pb. Raubaufall. Ein auf Wanderschaft befindlicher Arbeiter brachte zur Anzeige, daß er in der Nacht vom 19./20. d. Mts. in der Rabeburger Allee vor einer Wirtschaft von 2 unbekanntem Männern überfallen und beraubt worden sei. Ihm seien 4,80 Mk. bares Geld, seine in Bremen ausgestellte Duittingkarte, sein Militärpaß und sein Laufzeugnis weggenommen. Die Papiere lauten auf den am 22. Januar 1862 zu Bremen geborenen Arbeiter Hermann Thielhelm.

pb. Schon wieder ein Fahrrad gestohlen. Heute vormittag gegen 9 1/2 Uhr wurde in der oberen Fleischhauerstraße ein Fahrrad Marke „Winnings Carola“ mit rotem Schilt, der vom Polizeiamt gefertigten Erkennungsnummer 9733, schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Rücktrittsbremse, neuem Hinterrad und hochgebogener Lenkstange gestohlen. Das Rad hat keine Schutzbleche.

pb. Steckbriefling. Festgenommen wurde ein auf Wanderschaft befindlicher Arbeiter, der seitens der Großherzoglichen Anwaltschaft in Schönberg i. M. wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

pb. Betrug. Gegen einen Heizer wurde Anzeige wegen Betruges seitens eines Gastwirts erstattet.

pb. Einbruch. In der Nacht vom 20. zum 21. d. Mts. wurde eine Baubude erbrochen und aus derselben ein Paar fast neue Triumphstiefel gestohlen.

Stadthallen-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Zu den beliebtesten Operetten zählt „Der Zigeunerbaron“ von Johann Strauß, welcher anlässlich des Benefizes für den Komiker Walter Bräuer morgen in Szene geht. Zum ersten Male wird Sonnabend eine vollständige Vorstellung zu 50 Pfg. pro Platz mit vollem Orchester gegeben; zur Aufführung gelangt das Volksstück „Mein Leopold“.

Wilhelmtheater. Man schreibt uns: Mit der morgigen Aufführung verschwindet Max Meyers „Die Siebzehnjährigen“ vom Spielplan. Die vollständige Vorstellung am Sonnabend bringt die letzte Aufführung der sensationellsten Neuheit der Gegenwart: „Kaffee, der Amateur-Einbrecher“. Die Preise sind auf allen Plätzen 50 Pfg. Für die Sonntags-Vorstellung, Maxim Gorkis „Nachtschl“, macht sich bei der Biletentnahme schon ein äußerst reges Interesse bemerkbar, sodas die Annahme berechtigt ist, daß das hervorragende Stück, ein getreues Bild russischen Volkslebens, vor ausverkauftem Hause stattfinden wird.

Hamburg. Zur Gasarbeiterbewegung. Die Deputation für das Beleuchtungswesen hat den Gasarbeitern bekannt gemacht: 1. Die Deputation für das Beleuchtungs- wesen hat bereits bei früherem Anlaß zugesagt, daß nach Vollendung des maschinellen Betriebes, der Retortendosen für die Retortenhausarbeiter die achtstündige Arbeits- schicht eingeführt werden soll. Nach dem gegenwärtigen Stande der Arbeiten hat die Deputation be- schlossen, die achtstündige Arbeitsschicht für die Retortenhausarbeiter vom 1. April 1908 ab einzuführen. 2. Eine Verkürzung der Ar- beitszeit für die übrigen Arbeiter der Gaswerke läßt sich nur im Zusammenhang mit den übrigen Staatsbetrieben einführen, und kann für die Arbeiter der Gaswerke nicht ein- seitig vorgenommen werden. Die Deputation ist aber bereit, eine Verkürzung der jetzigen Arbeitsdauer eventuell ebenfalls zum 1. April 1908 zu befürworten. 3. Eine Erhöhung der Lohnsätze der Gasarbeiter, welche die auf anderen Betrieben gezahlten Sätze schon heute zum Teil erheblich übersteigen, ist der Deputation für jetzt nicht möglich, nachdem erst im letzten Jahre eine Heraushebung der Löhne erfolgt ist. Zu diesem Beschluß der Deputation für das Beleuchtungswesen wird dem „G. G.“ von zuständiger Seite geschrieben: Wenn es dieser Behörde aufrichtig darum zu tun ist, einen offenen Bruch mit den Gasarbeitern zu vermeiden und damit den Staat und das Gemeinwesen vor un- übersehbarem Schaden zu bewahren, könnte sie wohl den Gasarbeitern etwas mehr entgegenkommen. Derselben Meinung scheint auch die Direktion der Gaswerke zu sein. Auf den Einspruch der Vertreter der Arbeiter hat die Direktion weitere Verhandlungen am Donnerstag in Aussicht gestellt, wenn die Deputa- tion dazu ihre Einwilligung erteilen und zu weiteren Zugeständnissen bereit sein würde. Weiter aber müßte die Deputation die Löhne der Nachtarbeiter

Die internationale Verbindung der Gewerkschaften.

Erweist sich die internationale Verbindung für die politische Arbeiterbewegung als absolut notwendig, so ist sie für die gewerkschaftliche Bewegung geradezu unentbehrlich. Es ist nicht nur das gleiche Ziel und die gleiche Tendenz, was die beiden Richtungen der Arbeiterbewegung veranlaßt, internationale Verbindung zu suchen, sondern es sind wichtige praktische Fragen, die zu einer solchen Verbindung zwingen. Für die politische Arbeiterbewegung handelt es sich um eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen zur Durchführung der Demokratie und besonders um gleichartige Formulierung der Forderungen betreffend die Arbeiterschutzesetzgebung. Für die Gewerkschaften aber ist nicht nur eine Verständigung bezüglich der zu stellenden Forderungen notwendig, sondern die internationale Verbindung soll eine unmittelbare praktische Wirkung ausüben, indem sie den Zuzug von Streikbrechern unterbindet und für gegenseitige Unterstützung der organisierten Arbeiter bei schweren Kämpfen mit den Unternehmern sorgt.

Es ist somit erklärlich, daß schon bei den ersten Anfängen der gewerkschaftlichen Bewegung sich das Bestreben zeigte, eine internationale Verbindung herbeizuführen. Der am 28. September 1864 auf einem Meeting in London gegründeten „Internationalen Arbeiterassoziation“ sollten in gleicher Weise politische Vereine, wie Gewerkschaften angehören. Die von den Angehörigen der sozialdemokratischen Partei (Eisenacher) in Deutschland gegründeten „Internationalen Gewerkschaftsvereinigungen“ sollten, wie schon der Name besagt, sich über die Grenzen des Landes hinaus erstrecken. Wie bei diesen ersten Gründungen gewerkschaftlicher Organisationen, die neben den im „Allgemeinen Arbeitervereinigungen“ vereinigten Gewerkschaften der Partei, der Lassalleaner antraten, sich das Streben nach internationaler Verbindung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zeigte, so tritt es auch in der weiteren Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland hervor. — Dieses Drängen nach einer internationalen Verbindung fand seinen unfreiwilligen Abschluß mit dem Erlasse des Sozialistengesetzes. Während dessen zwölfsähriger Herrschaft konnten die Gewerkschaften in Deutschland nicht einmal untereinander Verbindung halten, viel weniger noch internationale Verbindung suchen. So kam es, daß ein für das Jahr 1888 von englischer Seite einberufener Gewerkschaftskongreß von den Gewerkschaften Deutschlands nicht besucht wurde. Es war jedoch nicht nur der Umstand, daß eine Teilnahme an diesem Kongreß die Gewerkschaften Deutschlands der Gefahr einer polizeilichen Auflösung aussetzte, sondern durch die Erkenntnis, daß das, was für die Gewerkschaften sich in bezug auf internationale Verbindung notwendig machte, nicht auf einem internationalen Gewerkschaftskongreß geschaffen werden konnte. Auch heute noch ist diese Meinung bei den Gewerkschaften Deutschlands vorhanden und sie wird von den Organisationen der in gewerkschaftlicher Beziehung gut organisierten Ländern geteilt.

Ehe eine allgemeine internationale Verbindung der Gewerkschaften eintreten kann, müssen die Organisationen jedes Landes sich zu gemeinsamem Wirken vereinigt haben. Ist das geschehen, so bedarf es, wenigstens vorläufig nicht, besonderer Gewerkschaftskongresse, sondern es genügt, wenn die Landeszentralen, d. h. die Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organisationen jedes Landes, sich über naheliegende praktische Fragen verständigen. Daneben haben dann die einzelnen Berufsorganisationen mit den gleichartigen Gewerkschaften in anderen Ländern Ver-

bindung zu halten. Fragen allgemeiner Natur, welche die Gewerkschaften besonders interessieren, kann sehr wohl der internationale sozialistische Kongreß erledigen, die speziellen Berufsfragen aber würde auch ein Gewerkschaftskongreß nicht zu lösen vermögen.

Diese Meinung ist allgemein bei den Gewerkschaften aller Länder vorhanden und ihr entsprechend ist gehandelt worden. So haben einzelne Gewerkschaften in Deutschland noch zurzeit des Sozialistengesetzes internationale Verbindung mit den Bruderorganisationen gesucht. Deren erste wurde von den Buchdruckern im Jahre 1889 geschlossen. Dann folgten 1890 die Bergarbeiter und Tabakarbeiter, 1892 die Glasarbeiter und Handschuhmacher, 1893 die Holzarbeiter, Hutmacher, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Sattler, Schuhmacher, Steinseher, Textilarbeiter und Töpfer, 1894 die Rirschner und Vergolder, 1895 die Bildhauer, 1896 die Brauer, Lederarbeiter, Lithographen und Schneider, 1897 die Hafenarbeiter und Seeleute, 1898 die Bäcker, Porzellanarbeiter und Steinarbeiter und 1900 die Handels-, Transport- und Verkehrrarbeiter und die Handlungsgehilfen. Im Jahre 1900 bestanden internationale Beziehungen für die Organisationen von 32 Berufen, 1906 für die Organisationen von 38 Berufen. Viele dieser Verbindungen waren und sind noch heute sehr loser Natur. Einige der Verbindungen, die vor dem Jahre 1900 geschlossen waren, sind wieder gelöst und sollen erneut herbeigeführt werden. Fester organische Verbindungen sind nur bei wenigen Gewerkschaften vorhanden, doch zeigen sich hier von Jahr zu Jahr Fortschritte. So wurden im Jahre 1906 bereits für die vier Berufe der Buchdrucker, Holzarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter internationale Organe herausgegeben, die in drei Sprachen erscheinen. Zweck dieser Vereinigungen ist nicht nur Austausch von Nachrichten, sondern Verminderung des Zuzuges von Streikbrechern und gegenseitige materielle Unterstützung. Die letztere beschränkt sich, abgesehen von den Buchdruckern, zurzeit noch auf die Gewährung freiwilliger Beiträge bei Streiks und Aussperrungen.

Seit dem Jahre 1901 ist neben diesen internationalen Verbindungen für die einzelnen Berufe auch eine Verbindung der gewerkschaftlichen Landeszentralen herbeigeführt. Die Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die als Gäste dem skandinavischen Arbeiterkongreß im Jahre 1901 in Kopenhagen bewohnten, traten zusammen, um über eine nähere Verbindung der Gesamtorganisation der einzelnen Länder zu beraten. Auf der dann folgenden zweiten internationalen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen im Jahre 1902 in Stuttgart wurden bestimmte Regeln für die internationale Verbindung aufgestellt und wurde die Landeszentrale von Deutschland mit der Erledigung der Geschäfte betraut. Die dann folgenden Konferenzen 1903 in Dublin und 1905 in Amsterdam vervollkommneten die in Stuttgart getroffenen Bestimmungen. Diese gehen dahin, daß alljährlich von jeder Landeszentrale an das internationale Sekretariat ein Bericht über die Bewegung im Lande zu erstatten ist. Der internationale Sekretär hat die Berichte zusammenzustellen und in drei Sprachen zu veröffentlichen. Ferner ist bestimmt, daß Unterstützung von Streiks von einem Lande zum anderen, abgesehen von der Unterstützung, welche die einzelnen Berufsorganisationen auf Grund internationaler Verträge sich gegenseitig gewähren, nur dann erfolgen soll, wenn ein entsprechendes Gesuch von der betreffenden Landeszentrale gestellt und von dem internationalen Sekretär den sämtlichen Landeszentralen zugestellt ist. Hierdurch ist den unkontrollierbaren Sammlungen für Streiks vorgebeugt. Die Unkosten, welche das internationale Sekretariat hat, werden durch Beiträge gedeckt, die von 1903 bis 1905 50 Pfg. und von da ab 1 Mark

pro 1000 Mitglieder der angeschlossenen Organisationen betragen.

Dem internationalen Sekretariat sind beigetreten England (hier jedoch nur die in der General Federation of Trade Unions vereinigten Gewerkschaften, die zirka 30 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Engländer umfassen), Frankreich, die Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz, Italien und Spanien. In diesen Ländern waren (mit Ausnahme von Frankreich, für das kein Bericht vorlag) im Jahre 1905 insgesamt 4 631 678 Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert, von denen 2 524 689 den Landeszentralen angeschlossen waren. Diese Zahl ist für das Jahr 1906 auf 2 867 650 gestiegen.

Es ist bereits eine stätliche Arbeiterarmee, die international vereinigt und zur Ausübung internationaler Solidarität bereit, dem Unternehmertum gegenübersteht. Dieses hat stets, trotz des zur Schau getragenen Patriotismus, international geschlossen gehandelt. Wenn es darauf ankommt, die Arbeiterschaft des eigenen Landes niederzuhalten, dann schwinden die Grenzen und aus allen Teilen der Welt werden auf niedrigster Kulturstufe stehende Arbeiter herangezogen, um den um ihre Existenz kämpfenden Arbeitern des eigenen Landes eine Niederlage zu bereiten. Die Arbeiter brüsten sich mit ihrem Patriotismus nicht. Sie wissen, daß die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterschaft in allen Ländern die gleiche ist und fühlen sich deshalb eins mit der Arbeiterschaft aller Länder. Trotzdem aber leisten sie für die Fortentwicklung der Kultur des eigenen Landes durch ihr Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen weit mehr als die Kapitalistenklasse. Um diesem Streben größeren Nachdruck zu geben, suchen sich die Arbeiter mit ihren Arbeitsbrüdern international zu vereinigen. Bereit auch die Verschiedenartigkeit der Sprache dieser Vereinigung große Hindernisse, so zeigt sich doch ein ständiger Fortschritt, der zu den besten Hoffnungen für die Zukunft berechtigt. Wie allmählich ein immer festerer Zusammenhalt der organisierten Arbeiter der verschiedenen Berufe sich zeigt, so wird auch die internationale Verbindung vervollkommen werden, bis in jedem Lande und schließlich international die Arbeiterschaft geschlossen dem organisierten Unternehmertum gegenübersteht, nicht nur ihre Forderungen stellend, sondern auch mächtig genug, diese Forderungen durchzuführen und der Arbeiterschaft politische Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit bringend.

C. Legien.

7. Internationaler Sozialisten-Kongreß.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten.“)

C. B. Stuttgart, den 20. August 1907.

Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften.

Der Kommission, der die Ausarbeitung einer Resolution über die Stellung der politischen Parteien zu den Gewerkschaften übertragen war, gehören von der deutschen Delegation Rautsky, Legien, Pfannkuch und Robert Schmidt an. Von der französischen Delegation wurde folgende Resolution vorgeschlagen:

„Der Kongreß ist der Überzeugung, daß die völlige Befreiung der Arbeiterklasse sich nur vollständig vollziehen kann durch die vereinigte Macht der politischen und gewerkschaftlichen Aktion, der Gewerkschaftsbewegung, die als letztes Mittel den Generalstreik, und der politischen

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(25. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Max schien nicht völlig bestiebt, doch verzichtete er auf weitere Fragen. Er sagte nur: „Du nimmst also zuhause, teures Herz, was Du gestern Abend zu mir gesprochen hast?“

„Nein, das nehme ich nicht zurück,“ rief das junge Mädchen ernstlich. „Wie kann ich die Deine werden, Max, wenn mein Vater nicht frei und als Ehrenmann dastehet. Die Schande habe ich Dir gestern vorgetragen. Laß also Dein heiligstes Ziel sein, die Unschuld meines Vaters aus Licht zu bringen — Du erkämpfst mich, indem Du für ihn wirkst! Und er ist unschuldig, glaube mir das einzige mal!“

Der Polizeibeamte nickte ernst und rief, die Hand seiner Brust erfassend:

„Auch ich bin davon überzeugt, Grete — und was noch mehr ist, ich hoffe, bald Beweise dafür herbeizuschaffen!“

„Hast Du die Spur der Verbrecher gefunden?“ erkundigte sich Marie bekommen.

„Wenigstens hoffe ich es,“ entgegnete Max mit einem seltsamen Blicke des Mitleids auf seine Schwester. „Noch wenige Tage, so werde ich Gewißheit erhalten, ob meine Kombinationen richtig sind.“

Eine Stunde später kam Georg aus der Werkstatt herüber.

„Georg,“ bedeutete ihm sein Weib, „Du mußt fliehen! Max ist aufurer Spur — noch wenige Tage, so ist es vielleicht zu spät. Meinen Bruder will ich dadurch vorbehalten, daß ich ihm sage, unser Geschäft lasse sich nicht länger halten, wir beabsichtigen unser Haus zu verkaufen und fortzuziehen. Du wolltest Dir irgend eine passende Stelle suchen. Er ist dann einigemmaßen unterrichtet. Du aber mußt suchen Geld einzutreiben — wir spiegeln eine Kasse vor, Deinen Brief läßt Du mir zurück. Erst wenn ich Dich in Sicherheit weiß, befördere ich diesen an seine Adresse. Die übrigen Beteiligten mag Max herausfinden — und ich bin überzeugt, er ist auf dem Wege dazu.“

Von dieser Stunde an war Georgs Flucht eine fest beschlossene Sache.

Beobachtungen und Folgerungen.

Auf einem umgefallenen Baumstamm im Walde saß Max, eine Zigarre schmauchend, gedankenvoll den Rauch vor sich hin blasend. Seit dem gestrigen Abend befand er sich in einem fast unerträglichem Zustande geistiger Überreizung und Gelpanttheit. Er kam sich vor wie der Löser eines Rätsels, der zunächst nichts vor sich erblickt als eine Reihe scheinbar zusammenhangloser Silben und Worte. Mit der Zeit gelangt es ihm, einige der Silben zu Worten und einige der Worte zu Satzteilen zu verknüpfen, aber das Ganze bleibt durchaus ohne jeden Zusammenhang und er wird immer verwirrter, je mehr er sich bemüht, einen Sinn in das Chaos hineinzubringen. Wenn er jedoch am weitesten davon entfernt scheint, jemals die Verbindung herauszufinden, ist er in der Regel der Lösung am nächsten: ein einziger Satz gibt oft den erwünschten Aufschluß und er ist ein Lor, wenn er sich von der vermeintlichen unüberwindlichen Schwierigkeit absetzen läßt. Ebenso steht es mit der Lösung jeder anderen Lebensschwierigkeit, zum Beispiel der Eroberung irgend einer Kunst oder Sprache. Gerade der Moment, in welchem der Lernende an der Möglichkeit der Beherrschung der Materie verzweifelt, hat ihn dem Siege bereits nahe gebracht, nur ein wenig Geduld und sein Triumph ist entschieden!

So stand es mit der Aufgabe des jungen Polizeifunktionsärs. Er war jetzt soweit, daß er bereits Worte und Satzteile seines Rätselsprungs ermittelt hatte, nur fehlte ihm noch die Möglichkeit, seine Ermittlungen logisch zu vereinigen. Ein einziger neuer Umstand konnte ihm diese Möglichkeit beschaffen.

Vor allen Dingen hatte das eigentümliche Benehmen seiner Verwandten in Verbindung mit den zweimaligen geheimnisvollen Nachwanderungen Georgs einen immer mehr Boden gewinnenden Verdacht gegen letzteren erzeugt. Mariens gedrücktes Wesen, ihre krankhafte Gesichtsfarbe, Georgs Verdrißtheit, die Entschiedenheit, mit welcher beide sich für die Unschuld Mohrings direkt verbürgten, alles befestigte ihn in dem niedererschlagenden Gedanken, daß vielleicht sein unglücklicher Schwager in irgend einer Verbindung mit dem Verbrecher stehe, dem auf die Spur zu kommen er sich so lange schon bemühte. Wenn er sich hier nicht irrte, so galten Georgs nächtliche Ausflüge wohl

dem Zwecke irgend welcher Beratung mit seinen Komplizen und er mußte das Nest der Bande in der Richtung suchen, welchen jener eingeschlagen. Beide Male war Georg nun in der Richtung nach der Bergschänke gegangen, — warum sollte sich dort oben im Walde nicht das Versteck der Falschmünzer befinden? Aber wo? Das mußte er herauszufinden suchen. Inwiefern sein Schwager beteiligt war, konnte er natürlich nicht wissen, er hoffte noch immer, daß er in einem Irrtum befangen sei und doch schien ihm vieles in Georgs Wesen auf innere Angst und Reue hinzudeuten. Schlecht war sein Schwager nicht, davon war er überzeugt, aber Not und Sorge sind große Verführer und mancher Mensch, dem es niemand zugetraut hätte, war schon einer solchen Versuchung unterlegen.

Schon jetzt legte er sich auch die Frage vor, wie er sich in diesem Falle verhalten sollte. Es gab nur einen Weg für ihn, den der Pflicht, und es blieb ihm nichts übrig, als sie in diesem Falle mit der weitgehendsten Schonung zu vereinigen. Vielleicht konnte er auch die äußeren Konsequenzen seiner Ermittlungen ganz von sich wälzen, indem er seinen Vorgesetzten die Resultate mittelste, und alles andere in deren Hände legte. Darüber nur war er unentschieden, ob er — gefehlt, seine Befürchtungen trafen ein — es mit seinem Amte vereinbaren könne, seinen Angehörigen eine Warnung zugehen zu lassen. Bald entschied er sich bejahend, bald verneinend. Zuletzt schob er die Entscheidung vorberhand von sich, er wollte sich von den gegebenen Verhältnissen leiten lassen. Vorerst war ste ja auch noch müßig, erst mußte es sich zeigen, ob er mit seinen Vermutungen auf dem rechten Wege war.

Am gestrigen Abend freilich hatte sich ein Vorfall zugezogen, der seinen Verdacht fast zur Gewißheit erhob. Marie teilte ihm mit, daß Georg das Haus zu verkaufen beabsichtige und beide fortzuziehen gedächten. Zum ersten Male erfuhr er auf diese Weise von der Unhaltbarkeit ihrer geschäftlichen Situation, und bei der innigen Liebe, die er für seine Schwester hegte, beunruhigte und betrübte ihn diese Eröffnung umfomehr, als er sich völlig außerstande sah, beiseite einzugreifen. Marie knüpfte noch die Bemerkung daran, es sei möglich, daß Georg schon in den nächsten Tagen eine Kasse ansetzen werde, um nach einer entsprechenden Stellung Umschau zu halten — das vor allem kam dem Polizeibe-

Bewegung, die die Eroberung der politischen Macht zum Ziele hat, um die allgemeine Expropriation der Bourgeoisie durchzuführen. Der Kongress ist der Überzeugung, daß diese zweifache Aktion von um so größerer Wirksamkeit sein wird, je mehr die politischen und die gewerkschaftlichen Organisationen ihre volle Selbstständigkeit bewahren, da ja die Gewerkschaftsbewegung dasselbe Ziel hat wie der Sozialismus.

In Ermägung, daß diese grundsätzliche Übereinstimmung der politischen und ökonomischen Aktion des Proletariats ein freies Zusammenarbeiten beider Organisationen ohne weiteres sichert, das frei von Unklarheiten, Mißtrauen und Unterordnung des einen oder anderen Teiles bleibt, fordert der Kongress alle Genossen auf, es an keiner Anstrengung fehlen zu lassen, um jedes Mißverständnis zwischen den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse zu zerstreuen.

Brouchere = Belgien erklärt, er spreche nicht im Sinne der Gesamtheit der Gewerkschaften Belgiens, aber für eine Zahl, die etwa auf 75 000 zu veranschlagen sei. Den Gewerkschaften müsse der Sozialismus propagiert werden, wenn auch Andersdenkenden der Eintritt in die Organisationen nicht verweigert werden soll. Die deutsche Taktik der Neutralität, die vor einiger Zeit in Deutschland vertreten wurde, habe nicht verhindert, daß die Unternehmerorganisationen sehr gestärkt worden sind, und daß die christlichen und gelben Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben. Es sei unmöglich, wie gesagt worden ist, ein Gewerkschaftsblatt 10 Jahre lang zu redigieren, ohne das Wort Sozialismus zu gebrauchen. Mit demselben Recht könnte schließlich auch eine politische Bewegung betrieben werden ohne Betonung des sozialistischen Prinzips. Sowohl in den gewerkschaftlichen wie auch in den politischen Organisationen müsse der entschiedene Sozialismus vertreten werden und es müsse die Einheit der Organisation in politischer und gewerkschaftlicher Aktion herbeigeführt werden, wie es in Österreich geschieht. (Widerspruch bei den Österreichern.) Redner schlägt eine Resolution vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist.

Heinrich Beer = Österreich: Wir dürfen uns nicht zu sehr in Details verlieren. In Deutschland scheint ein erfreuliches Verhältnis eingetreten zu sein. Erfreulicher Weise liegen dort die Verhältnisse anders als in Frankreich. In Österreich liegen die Verhältnisse nicht so, wie sie Brouchere geschildert hat. Wir haben besondere gewerkschaftliche Organisationen. Allerdings besteht ein inniger Kontakt zwischen Partei und Gewerkschaft, der dadurch hergestellt wird, daß wir in der Partei tüchtig für die Gewerkschaften arbeiten. Andererseits leisten die Gewerkschaften auch außerordentlich tüchtige Arbeit für uns. Wir fühlen uns nicht als Gefühlssozialisten, sondern als Verstandessozialisten. Wir betrachten die Gewerkschaft als ein Hilfsmittel zum Sozialismus. Die Teilung in die politische und gewerkschaftliche Aktion ist notwendig. Wir müssen die Theorie des belgischen Genossen ablehnen, der eine Verschmelzung beider Organisationen empfiehlt. Partei und Gewerkschaften müssen sich als gleichberechtigte Glieder fühlen. Es gibt hier kein Befehlen und kein Unterordnen, sondern nur eine Verständigung zwischen beiden. Wir sehen in der Personalunion das beste Mittel der Verständigung. Es seien Gewerkschaftler in der Parteibewegung und bekannte Parteigenossen seien in den Gewerkschaften. Ich glaube sogar, daß in einigen Ländern die Partei dazu beiträgt, die Anhänger der Gewerkschaften zu entfremden. Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen empfiehlt Redner folgende Resolution:

„Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln geistiger, politischer und ökonomischer Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Obliegt die Organisation und Führung des politischen Kampfes des Proletariats der Sozialdemokratie, so ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen, den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse zu organisieren und zu leiten. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampfe des Proletariats gleichberechtigte Aufgaben zu erfüllen. Der Kampf des Proletariats wird sich um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je näher die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Parteiorganisationen sind.

Der Kongress erklärt es als im Interesse der Arbeiterschaft liegend, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und gepflegt werden. Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihren Kämpfen sich nur solcher Mittel zu bedienen, die für den Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen über die anzuwendende Methode, wenn über die Zweckmäßigkeit dieser Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Gewerkschaften werden ihre Pflichten im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich bei all ihren Aktionen von sozialistischem Geiste leiten lassen. Der Partei liegt die Pflicht ob, die Gewerkschaften in ihrem Kampfe nach Besserstellung der Arbeiter zu unterstützen und in ihren parlamentarischen Aktionen den Bestrebungen und Forderungen der Gewerkschaften Geltung zu verschaffen. Der Kongress ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führen können, je besser ihre Unterstüßungsrichtungen sind und je besser die gewerkschaftlichen Kampf unentbehrlichen Fonds sind.“

Robert Schmidt = Berlin schließt sich den Ausführungen Beers an. Die gewerkschaftliche Taktik ist von Brouchere durchaus irrig beurteilt worden. Von einem Bestreben, die politische und gewerkschaftliche Organisation in Deutschland zusammenzufassen, ist in Deutschland nichts zu merken. Das Verhältnis von Gewerkschaft und Partei ist bei uns keineswegs so innig wie in Österreich. Aber es bestehen keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die sozialdemokratische Partei die Vertreterin der Arbeiterinteressen ist, insgedessen nehmen die gewerkschaftlich in verantwortlicher Stellung befindlichen Männer auch einen regen Anteil an der sozialdemokratischen Partei. Die Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften, die sich in den letzten Jahren abgepielt haben, betrafen die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik und anderen Fragen. Dennoch ist hier der Weg der Verständigung gefunden. Aus der Stellung unserer Gewerkschaften die Schlussfolgerung zu ziehen, ihre Taktik hätte die Unternehmerorganisationen und die gelben Verbände gestärkt, ist ebenso unrichtig, wie wenn man die innige Verbindung der belgischen Gewerkschaften mit der Partei für die bisher vermehrte Erstarkung der belgischen Gewerkschaften verantwortlich machen würde. Die Frage, wie die Organisation der Gewerkschaften sich gestalten wird, ist nicht Aufgabe des Kongresses. Er soll nur aussprechen, daß eine innige Fühlung beider Organisationen notwendig ist, wie es die Resolution Beer ausdrückt. Im anderen Falle müßten wir über die Taktik der Gewerkschaften zum Generalstreik, zur direkten Aktion und zur Sabotage Leitsätze aufstellen. Diese Streitpunkte müssen die Arbeiter der einzelnen Länder zu regeln suchen, der Kongress kann keine Direktiven geben. — Von den Holländern wird folgender Antrag empfohlen:

„Der Kongress erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Ordnung, die Konzentration der Produktion, die starke Vereinigung der Arbeitgeber und die ständige Abhängigkeit eines jeden Unternehmers von der bürgerlichen Ordnung die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammen müssen, wenn dieselbe ausschließlich auf der Sorge für die Interessen des Gewerbes und der Verständigung mit den Arbeitgebern, sowie auf den Grundzügen des Verbandsegoismus aufgebaut ist.“

Diese = Dänemark wünscht eine Organisation von Partei und Gewerkschaften, wie sie in Dänemark eingeführt ist. Marg sagte: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch! Wie können wir von Vereinigung sprechen, wenn wir in zwei Organisationen die Agitation betreiben! Es mag sein, daß in Dänemark besondere Verhältnisse die Organisation begünstigen. Er wolle auch nicht andere zu einer bestimmten Organisation drängen. In Dänemark verstehe man nicht, warum Frankreich sich gegen die parlamentarische Tätigkeit wendet. Redner empfiehlt die Annahme der Resolution Beer.

Lantier = Frankreich: In Nancy hat der Parteitag mit 28 Stimmen Majorität die von der französischen Delegation vorgelegte Resolution beschlossen. Der Gewerkschaftskongress in Amiens hat in einer langen Reso-

lution zu einer Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft geraten. Aber das Verhältnis beider zu reglementieren, ist nicht zu empfehlen. Man mag es den Ereignissen überlassen, ob diejenigen, die heute sich zanken, sich bei der Verständigung bedrängt fühlen.

Mary Mac Arthur = England bringt eine Resolution der sozialistischen Federation ein. Rednerin lehnt die französische Resolution ab und erklärt sich entschieden gegen den Generalstreik, wie es auch die englischen Sozialisten tun. Bei den letzten Wahlen in England habe die Arbeiterpartei eine Million Stimmen aufgebracht. Die 36 Abgeordneten sind nicht alle Sozialisten, aber Förderer der Arbeiterinteressen.

Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen und auf Dienstag vertagt.

Internationale Konferenz sozialistischer Frauen.

2. Sitzung.

Stuttgart, 19. August.

Genossin Boshack eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Unter den zahlreichen Gästen befindet sich eine Indierin, Mrs. Rana aus Bombay. Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand das Frauenstimmrecht.

Hierzu liegt eine Resolution der deutschen Genossinnen vor. Sie kennzeichnet das Frauenwahlrecht als das Korrelat der wirtschaftlichen Emanzipation der Frau vom Haushalt und ihrer ökonomischen Unabhängigkeit von der Familie auf Grund ihrer Berufsarbeit, weist auf die verschiedene Stellung der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen und der proletarischen Frauen zu der Frage des Frauenstimmrechts hin, betont die mit der Verschärfung des Klassenkampfes wachsende Bedeutung des Frauenstimmrechts und weist das beschränkte Frauenwahlrecht als Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zurück. Das beschränkte Frauenwahlrecht emanzipiert die Frau nicht als Persönlichkeit, sondern als Trägerin von Einkommen und Vermögen, es wirkt daher als Bluralwahlrecht der besitzenden Klasse. Die sozialistische Frauenbewegung führt ihren Kampf um das Stimmrecht nicht im Bunde mit den bürgerl. Frauenrechtlerinnen, sondern in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien, welche das Frauenwahlrecht als eine der grundsätzlich und praktisch wichtigsten Forderungen zur vollen Demokratisierung des Wahlrechts überhaupt verstehen. Die sozialistischen Parteien aller Länder sind verpflichtet, für die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts energisch zu kämpfen. Bei allen Kämpfen um Demokratisierung des Wahlrechts ist die Forderung des Frauenstimmrechts mit zu erheben und energisch zu vertreten. Wo die volle Demokratisierung des Männerstimmrechts erreicht ist, ist die Eroberung des Frauenstimmrechts sofort in Angriff zu nehmen in selbstverständlicher Verbindung mit der energischen Vertretung der übrigen proletarischen Forderungen. Pflicht der sozialistischen Frauenbewegung ist es, alle Kämpfe um Demokratisierung des Wahlrechts energisch zu unterstützen, aber mit derselben Energie dafür zu sorgen, daß in diesen Kämpfen die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit und praktischen Tragweite ernstlich verfolgt wird.

Genossin Clara Zetkin befürwortet die vorstehende Resolution. Wir erörtern das Frauenstimmrecht nicht mehr, wir erkämpfen es. (Stürmischer Beifall.) Das beschränkte Frauenwahlrecht ist ein Wahlrecht des Geldsacks. (Verhaßte Zustimmung.) Man will es benutzen, die Macht des Proletariats zu schwächen. Wir weisen es aber auch darum zurück, weil seine Einführung den gesättigten Bourgeoisdamen jedes Interesse an dem Kampfe um das Stimmrecht nehmen würde. Wir verlangen das Frauenstimmrecht nicht als Instrument des sozialen Friedens, sondern im Gegenteil, als wichtige Waffe gegen den Klassenstaat. Dadurch, daß sie energisch für das Wahlrecht kämpfen, widerlegen die arbeitenden Frauen am besten den Vorwurf politischer Unreife, den man gegen sie erhebt. Sie werden zeigen, daß sie zwischen Gauklern, Finsternlingen und Hansnarren auf der einen und der einzigen Partei, die wirklich ihre Interessen vertritt, auf der anderen Seite zu unterscheiden wissen. (Stürmischer Beifall.)

Von Vertretern der Independent Labour Party (der unabhängigen Arbeiterpartei Englands) und der englischen Arbeiterinnenliga ist inzwischen folgender Antrag eingelaufen: Die Konferenz verpflichtet die sozialistischen Parteien aller Länder für das Frauenstimmrecht zu kämpfen, überläßt ihnen aber die Wahl der Taktik.

Genossin Scheiniger = Gestein = Wien: Ich komme aus dem Lande, in welchem der opferwilligste und heißeste Kampf um das Wahlrecht geführt worden ist. Zu Hunderttausenden sind wir vor Schloß und Parlamentsgebäude gegeren-

anten seltsam vor. Könnte das nicht besser von hier aus geschehen? Nein, nein, hier verbargt sich etwas Eigentümliches und er begie kaum noch eine geringe Hoffnung auf eine andere harmlosere Erklärung!

In zweiter Linie beschäftigte ihn der Markthelfer Ventig. Wenn, wie seine Braut behauptete, ihr Vater unschuldig war, so mußte man vor allem nach einer Erklärung für den Besitz des falschen Geldes suchen. Der Angeklagte selber behauptete, er wisse nicht, wo es hergekommen sei, daß es ihm von der Post, durch die er mit wenigen Ausnahmen alle seine Zahlungen erhielt, mit ausgezahlt worden, war unwahrscheinlich. Ein Umstand nun erschien ihm merkwürdig. Der Markthelfer Ventig hatte noch ein falsches Geldstück, das angeblich von Mohring herrührte, ausgegeben, nachdem derselbe bereits verhaftet war. Er hatte es als Lohn empfangen, wie er sagte, und zwar aus Mohrings eigener Hand. Mohrings Verhaftung war aber schon am Tage vorher erfolgt — konnte man annehmen, daß ein Mann wie Ventig sich Vorstöße geben oder vielmehr schon vor der Zeit seinen Wochenlohn auszahlen ließ, wenn er ihn nicht zur höchsten Not gebraucht? Daß er das ihm gezahlte Zwanzigmarkstück länger als einen vollen Tag ungewechselt in der Tasche trug?

Ventig war ein Mann von gewalttätigem Charakter, wenig beliebt und wenig geachtet. Einem solchen Menschen war die Beteiligung an einem gewagten Unternehmen wohl zuzutrauen. Er war der einzige, der außer Mohring mit falschem Gelde operiert hatte — er arbeitete in Mohrings Hause, ihm standen dort alle Räume offen — war es so unmöglich, daß er selber der Eigentümer des falschen Stückes gewesen war und daß vielleicht auch die übrigen Stücke und das Kästchen mit seinem Inhalt von ihm herstammte? Der ehrenhafte Mohring war doch gewiß über einen so gemeinen Verdacht erhabener als dieser Ventig?

Sar zu gern hätte er festgestellt, ob Ventig hat des einen Zwanzigmarkstücks, das angeblich seinen Wochenlohn ausmachte, mehrere gewechselt hatte. Aber wie sollte er die notwendigen Untersuchungen einziehen, ohne seinen Charakter als Detektiv zu verraten? Vielleicht hätte er sich als von der Tochter Mohrings beauftragt hinstellen können — aber er traute der Verschwiegenheit der zu Befragenden nicht, auch wenn er sie extra am solche ersuchen würde. Das Mittelungsbedürfnis ist in seinen Säften zu ausgeprägt, die Vertrauenshaft der Leute untereinander eine zu große — Ventig

konnte leicht von seinen Versuchen erfahren, und dann mahnte ihn dies zu doppelter Vorsicht.

Besser war es, zunächst einmal als erwiesen anzusehen, was bisher nur Vermutung war, und auf Grund der erlangten Ergebnisse weiter zu argumentieren. Eine zufällige Wahrnehmung bestätigte ihn in dieser Absicht. Als er heute morgen um Ventigs Haus herumstrich, erblickte er diesen im eifrigen Gespräch mit Artur Ebeling, welcher letzterer, gedeckt von Zaun- und Buschwerk, in dem kleinen Gäßchen stand, das seitwärts von Ventigs Wohnung vorüberführte. Der Markthelfer unterhielt sich mit dem langen Kaufmann durch das nach dem Gäßchen führende Fenster. Marg schlich sich so nahe wie möglich heran, ohne jedoch ein Wort des ganz leise geführten Gesprächs zu vernehmen. Was hatten diese beiden so angelegentlich zusammen zu flüstern? Hatte Ventig ihn nicht erst vorgeitern versichert, daß er Goeling gar nicht kennt? Und nun besprachen sie sich wie gute Freunde, ja lachten sogar, wie er an Ebelings Zügen untercheiden konnte.

Marg begab sich auf der Stelle zu Greten.

„Grete“, begann er ernst, „ich verlange unter allen Umständen von Dir zu wissen, was jener Ebeling gestern von Dir gemollt hat. Ich frage Dich jetzt nicht als Liebhaber, den etwa eifersüchtige Grillen plagen, sondern als Polizeibeamter.“

„Als Polizeibeamter?“ rief das schöne Mädchen erstaunt.

„Ja, liebes Herz. Jener Ebeling ist mir unter Umständen begegnet, die mir mindestens sonderbar vorkommen. Was wollte er von Dir?“

Grete schlug die Augen zu Boden.

„Ich habe ihm versprochen müssen, den Inhalt unserer Unterredung zu verschweigen?“

„Auch mir?“

„Nedermann.“

Marg bis sich auf die Lippen. Wie sollte er nun die Wahrheit erfahren? Der vertraute Verkehr zwischen Ebeling und Ventig kam ihm nach der kürzlichen kategorischen Erklärung des letzteren verdächtig vor. Ventig hatte sich auch so kurz angebunden gegen Marg dabei gezeigt, ihn so innig, fast drohend angefaßt. Sollte er ein Versteigertes Ebeling sein, von diesem gewonnen, gegen den alten Mohring zu intrigieren, damit der leichtfertige Mensch Gelegen-

heit finde, die Hand der Tochter doch zu erlangen? Das war nicht wahrscheinlich, Mohring begünstigte ja gerade Ebelings Werbung — ihn verdächtigen und aus dem Wege schaffen, hieß gegen das eigene Interesse arbeiten. Immerhin war es ja auch möglich, daß die Begegnung der beiden eine zufällige war? Und doch — er konnte seinen Verdacht nicht loswerden.

„Du hättest nie ein derartig törichtes Versprechen geben sollen, Gretchen“, schalt er sie sanft. „Du weißt nicht, ob Du nicht gerade dadurch dem Interesse Deines Vaters zuwiderhandelt.“

Grete zuckte seufzend die Achseln.

„Es ist einmal geschehen, Marg — Du willst doch nicht, daß ich mich wortbrüchig zeige?“

„Gemein nicht“, erwiderte er treuherzig, und nahm Abschied. Nun saß er nach stundenlangem Umherstreifen in dem die Bergschnee umgebenden Wald und grübelte und spintifizierte, aufs neue bemüht, die zahlreichen auffälligen Momente, die er gefunden zu verknüpfen, wie wir es Anfangs des Kapitels geschildert haben. Er hatte wohl eine halbe Stunde auf seinem Stamm gesessen, als ein Geräusch ihn aufblicken ließ. Ein junger Mann von gefälligen Aussehen kam den schmalen Waldweg daher anscheinend ebenso in Gedanken vertieft, wie er selbst, den Kopf auf die Brust gesenkt, den linken Arm auf den Rücken gelegt, mit der rechten Hand zerstreut die Blätter zu seiner Seite abknispelnd und in der Hand zerdrückend, wie eben die Menschen zu tun pflegen, wenn ihr Inneres angelegentlich, mit etwas beschäftigt ist.

Marg warf einen forschenden Blick auf die regelmäßigen Züge: der Wanderer erschien ihm bekannt. Wo sollte er ihn gleich hintun? Er hatte dieses Gesicht schon gesehen, aber entweder in einem früheren Stadium seiner Entwicklung, als es noch nicht den charakteristischen Ausdruck von jetzt zeigte, oder in einem Stadium fortgeschrittener Entwicklung, als schon Runzeln und Falten es bedeckten, oder vielleicht auch in beiden Gestalten. Das Rechte war das richtige. Der Fremde konnte niemand anders sein als der Lehrer Fritz Weiskopf, der Sohn des alten Jagdaufsehers auf dem Postenberg. Der Beobachter fand sowohl die Züge des Vaters als des Knaben in ihm wieder, als welchen er ihn gekannt.

(Fortsetzung folgt.)

und haben unsern Willen kundgetan. Die Frage des Männerwahlrechts war so brennend, daß wir die Frage des Frauenwahlrechts zunächst zurückstellten. Mit unserm Blute haben wir für unsere nächste Forderung, das allgemeine Wahlrecht der Männer, mitgekämpft. Das ist keine leere Floskel. In jenen stürmischen Oktoberwahlen haben sich Frauen und Mädchen sowohl wie Männer dem Wahlzettel entgegengeworfen. (Bravo!) Wenn wir in Österreich das Frauenwahlrecht noch nicht haben, so haben wir doch andere Rechte erlangt. Wir Frauen haben wenigstens das Versammlungsrecht erhalten. Der erste Antrag der 87 Köpfe starken Reichstagsfraktion betraf das Frauenwahlrecht. Unserer Taktik hat einen glänzenden Erfolg gehabt. Daher können wir nicht die Resolution der deutschen Genossinnen unverändert annehmen, womit wir unsere Taktik als einen Fehler bezeichnen würden. Rednerin empfiehlt eine Resolution, in der die sozialistischen Parteien aufgefordert werden, bei jedem sich bietenden Anlaß, insbesondere während jeder Bewegung zur Ausdehnung des Wahlrechts mit der Forderung nach dem Frauenwahlrecht energischer vorzugehen. — Selbstredend stimmen wir der Genossin Zeitlin völlig darin zu, daß nur das allgemeine und kein beschränktes Frauenwahlrecht zu erstreben ist. Wir bitten aber in Berücksichtigung der Tatsache, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern ganz verschieden sind, unserem Antrage zuzustimmen.

Lilly Braun: Berlin tritt für den österreichischen Antrag ein. Es kann leicht, z. B. in Preußen, die Situation eintreten, daß wir zunächst die Forderung des Frauenwahlrechts zurücktreten lassen müssen, um vorerst das allgemeine Männerwahlrecht zu erlangen.

Mr. Borow wendet sich gegen den Antrag der englischen Arbeiterinnen-Liga, die die Taktik des Kampfes um das Frauenwahlrecht den einzelnen sozialistischen Landesorganisationen überlassen will.

Lilly Braun stellt gegenüber Borow fest, daß sie niemals für ein beschränktes Frauenwahlrecht eingetreten sei.

Frau Zieg-Hamburg: Wir sind mit großer Bemunterung und atemloser Spannung dem Wahlrechtskampfe der österreichischen Genossinnen gefolgt und haben uns über seine Erfolge gefreut. Die Genossin Schiesinger hat aber nicht zu erklären gewußt, warum man trotz dieser ungeheuren Begeisterung die Forderung des Frauenwahlrechts zunächst aufgeben hat. (Sehr richtig!) Wir treiben keine Spitzhüterei. Es handelt sich um Zukünftiges, nicht um Gewöhnliches; es kommt darauf an, unverbrüchliche Richtlinien zu schaffen. (Lebh. Beif.) Im Gegensatz zur Genossin Braun bin ich der Meinung, daß wir in Sachsen und Preußen zugleich mit der Forderung des allgemeinen Männerwahlrechts auch die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts zu erheben haben. (Lebh. Zustimmung.) Würden wir den Standpunkt der Genossin Braun annehmen, so kommen wir noch dazu, uns als königlich preussische Regierungspartei zu konstituieren. Je bescheidener unsere Forderungen sind, desto weniger werden die Regierungen uns fürchten. (Stürm. Beif.)

Gemma Fhrer: Die österreichischen Genossinnen hätten mit derselben Energie, wie für das Wahlrecht der Männer, auch für ihr eigenes Wahlrecht kämpfen müssen. (Sehr richtig!)

Adelheit Popp-Wien: Die Genossin Zieg kann unser Verhalten nicht verstehen. Wir in Österreich mußten selbst beurteilen, was im gegebenen Augenblick notwendig war. Und darnach haben wir gehandelt. (Bravo!) Wir haben die Forderung des Frauenwahlrechts nicht fallen lassen, uns aber zunächst mit der Abschlagszahlung des allgemeinen Männerwahlrechts begnügt. — Da unsere Resolution keine Aussicht auf Annahme hat, ziehen wir sie zurück. (Bravo!) Inzwischen behalten wir uns vor, in der Kommission des internationalen Kongresses die uns nötig scheinenden Änderungen vorzuschlagen.

Frau Tarstenen, finnische Landtagsabgeordnete, empfiehlt in temperamentvoller Rede die deutsche Resolution und wendet sich gegen das Amendement der englischen Genossinnen.

Das Schlusswort erhält.

Clara Zetkin: Genossin Popp hat in den „Sozialistischen Monatsheften“ selbst bedauert, daß in Österreich so wenig vom Frauenwahlrecht die Rede sei. Das beweist, daß, wenn die Aktion für das Frauenwahlrecht zurückgestellt wurde, auch die Agitation darunter gelitten hat. Soll die von uns vorgeschlagene Resolution zu einer wirksamen Direktive für die Wahlrechtskämpfe werden, so muß sie mit möglichst einstimmiger Annahme angenommen werden. Die englischen Genossinnen werden hoffentlich mit derselben Energie, mit der sie für das Damenwahlrecht eingetreten sind, für das Recht der Proletarierinnen eintreten. (Lebh. Beif.)

Die deutsche Resolution wird hierauf gegen 11 Stimmen (die österreichischen, einige englische und eine schweizerische Genossin) angenommen. (Bravo.)

Dem neugeschaffenen internationalen Sekretariat werden überwiesen:

- 1) Ein Antrag der englischen Arbeiterinnen-Liga, der die Proletarierinnen auf die Erweckung antimilitaristischer Gesinnung verpflichten will.
- 2) Ein Antrag derselben Organisation auf Unterstützung armer Wöchnerinnen und fortlaufende Unterstützung bedürftiger Wälder Kleinkinder.
- 3) Ein Antrag der Vertreterin des schweizerischen Arbeiterinnenverbandes, Margarethe Haas-Pardegen, der die Unterstützung der Kämpfe der arbeitenden Frauen um bessere Lebenshaltung durch das Mittel der Warenempfehlung (Label, weiße Liste) und der Warenverrufferklärung (Boykott) und internationale Vereinbarungen über Label und Boykott fordert, weil das Unternehmertum, soweit es nicht an der Warenproduktion anzureifen sei, an der Stelle angegriffen werden müsse, wo es allein noch noch empfindlich sei, nämlich am Wareneinsatz.

Von den österreichischen Delegierten wird wegen des Ausschusses der bürgerlichen Presse interpelliert. In Zukunft dürfe ein solcher Schritt nur nach Befragung der einzelnen Vertretungen getan werden.

Clara Zetkin schlägt vor, daß zur Erhöhung der Wirksamkeit des neugeschaffenen internationalen Sekretariats die sozialistischen Frauen der einzelnen Länder im Laufe der nächsten 2 Monate Korrespondentinnen bestellen.

Frau Schiesinger-Casteln-Wien dankt im Namen der Konferenz den deutschen Genossinnen für die Vorbereitungen (Bravo!) und der Genossin Balabanoff für ihre unermüdete Vollmetzer-Arbeit. (Lebh. Bravo!)

Frau Balabanoff-Turin: Wir danken nicht nur den Genossinnen, die den Kongreß vorbereitet haben, sondern vor allem auch dem Proletariat, das uns nach hier gefandt und auch das Recht gegeben hat, in seinem Namen zu sprechen. (Lebh. Zustimmung.) Hoffentlich ist die Zeit nicht fern, da auch die Millionen, die jetzt noch stumpf dahinvegetieren und kaum wissen, daß sie zum menschlichen Geschlecht gehören, zum neuen Leben erweckt werden. (Stürm. Beifall.)

Clara Zetkin dankt nochmals den erschienenen Genossinnen. Als Kampfgefährtinnen, von einem Willen beseelt, gehen wir auseinander. Wir haben uns eine Zentralkommission gegeben und werden dafür sorgen, daß sie nicht auf dem Papier stehen bleibt. Hoch der internationale, revolutionäre

Sozialismus! (Die Versammelten stimmen begeistert ein und gehen mit dem Gesang der Internationale und der Marschlied aus einander.)

Der Militarismus und die internationalen Konflikte.

C. B. Stuttgart, den 20. August 1907.

Die erste Sektion, die sich mit der Frage des Antimilitarismus und den internationalen Konflikten beschäftigte, setzte heute Nachmittag im dicht gefüllten Konzertsaale ihre Verhandlungen fort. Es liegen eine ganze Reihe von Resolutionen vor. Namens der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Genosse Bebel folgende Resolution eingebracht:

„Kriege zwischen Staaten, die auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruhen, sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte; denn jeder Staat ist bestrebt, seine Absatzgebiete sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länderraub eine Hauptrolle spielen. Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist, oder wenn die Größe der durch die militärische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld, und die durch die Rüstungen hervorgerufenen Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt. Insbesondere ist es die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Kämpfer stellt und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, die natürliche Gegnerin der Kriege, weil diese im Widerspruch stehen zu ihrem Ziel: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht. Der Kongreß betrachtet es deshalb als Pflicht aller Arbeiter, und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfedern für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verweigern. Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Wehrwesens, das alle Waffenfähigen umfaßt, eine wesentliche Garantie, daß Angriffskriege unmöglich werden und die Überwindung nationaler Gegensätze erleichtert wird. Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind in den beteiligten Ländern die Arbeiter und ihre parlamentarischen Vertreter verpflichtet, alles aufzubieten, um durch Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern und, falls er dennoch ausbrechen sollte, für dessen rasche Beendigung einzutreten.“

Die Mehrheit der französischen Delegation beantragt die Erneuerung der früheren Beschlüsse gegen den Militarismus und Imperialismus: „Der Militarismus ist nur als die vom Staate organisierte Rüstung anzusehen, um die Arbeiterklasse unter dem ökonomischen und politischen Joch der kapitalistischen Klasse zu erhalten. Die Arbeiterklasse aller Länder ist daran zu erinnern, daß eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation nicht bedrohen kann, ohne sich gegen diese Nation, gegen deren Arbeiterklasse und ebenso gegen die internationale Arbeiterklasse zu vergehen. Die bedrohte Nation und Arbeiterklasse haben die gebieterische Pflicht, ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit gegen diese Angriffe zu wahren, und sie haben ein Anrecht auf den Beistand der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Diese Verteidigungspolitik sowie der antimilitaristische der sozialistischen Partei gebietet, die militärische Entlohnung der Bourgeoisie und die Ausrüstung der Arbeiter-Klassen durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht des Volkes zu fordern. Angesichts der andrängenden russischen Revolution, der äußersten Bedrängnis des Jarkismus und der benachbarten Kaiserreiche, die ihm Hilfe leisten wollen, angesichts der unaufhörlichen kapitalistischen und kolonialen Unternehmungen und Plünderungen werden das internationale Bureau und die Interparlamentarische Konferenz aufgefordert, die nötigen Anstalten zu treffen, um im Falle eines drohenden internationalen Konfliktes die zur Verhinderung desselben geeigneten Maßnahmen zu treffen. Die Verhütung und Verhinderung des Krieges ist durch nationale und internationale sozialistische Aktionen der Arbeiterklasse mit allen Mitteln, von der parlamentarischen Intervention, der öffentlichen Agitation bis zum Massenstreik und zum Aufstand zu bewirken. An jedem 1. Mai werden von den Proletariats und Sozialisten aller Nationen Kundgebungen veranstaltet, um diese Solidarität zum Ausdruck zu bringen.“

Von der Minorität der französischen Delegation liegt folgende Resolution vor: In Erwägung, daß der Militarismus, wie es alle Konflikte bewiesen haben, die natürliche und unvermeidliche Folge des kapitalistischen Regimes ist, das auf den Klassengegensätzen basiert, und in Erwägung, daß dieser Militarismus nicht abgeschafft werden kann, ohne seine Quelle, das kapitalistische Regime, zu beseitigen, in weiterer Erwägung, daß durch die Konzentrierung aller Bestrebungen der Arbeiterklasse auch die Frage des Militarismus ihre verdiente Berücksichtigung erhält, in Erwägung andererseits, daß die für den Antimilitarismus bestimmten Mittel von der Desertion und dem Militärstreik bis zur Revolution geeignet sind, die Propaganda und die Werbung für den Sozialismus zu erschweren und damit den Moment hinauszuschieben, wo das Proletariat hinreichend organisiert und stark genug sein wird, um durch die soziale Revolution dem Kapitalismus und allen Kriegen ein Ende zu machen, erklärt der Kongreß, daß das beste Mittel gegen den Militarismus und für den Frieden, wenn es nicht eine Utopie und Gefahr sein soll, darin bestehen muß, daß man die Arbeiter der ganzen Welt sozialistisch organisiert und daß man in der Zwischenzeit durch Verkürzung des Militärdienstes, durch Ablehnung aller Kredite für Meer, Marine und Kolonien, durch Propaganda für allgemeine Volksbewaffnung alle internationalen Kämpfe möglichst unmöglich macht und zwar ist es Aufgabe des internationalen Bureaus, im Falle ein politischer Konflikt droht, gemäß seinen Statuten zusammenzutreten und die notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Genosse Leon Troelset beantragt namens der belgischen Arbeiterpartei die Annahme der durch die Anträge der französischen Genossen erweiterten Resolution Bebel und stellt dazu noch folgenden Zusatzantrag: „Der Stuttgarter Kongreß will damit nicht etwa die Wahl der in Anwendung zu bringenden Mittel beschränken. Die Umstände von Zeit und Ort und besonders die wirkliche Macht des Proletariats im entscheidenden Moment können allein für die Frage der Möglichkeit einer Intervention entscheidend sein und für die Wahl der anzuwendenden Mittel richtigen Ausschluß geben.“

Die Sozialdemokratische Föderation Groß-Britanniens beschränkt sich darauf, die Ausarbeitung von Verhaltensmaßregeln bei eintretenden Krisen zu fordern. Gustave Herve schließlich beantragt folgende Resolution: In der Erwägung, daß es für das Proletariat gleichgültig ist, in und unter welcher National- und Regierungsform die Kapitalisten es ausbeuten, in der Erwägung, daß die Interessen der Arbeiterklasse ausschließlich den Interessen des internationalen Kapitalismus entgegenstehen, verwirft der Kongreß den bourgeoisen und Regierungspatriotismus,

der die lägerische Behauptung vom Bestehen einer Veffensgemeinschaft unter allen Bewohnern derselben aufstellt. Er erklärt, daß es die Pflicht der Sozialisten-Länder ist, sich zum Sturz dieses Systems zu vereinigen, ein sozialistisches Regime herbeizuführen und es zu teibigen; angesichts der diplomatischen Zettelungen, die verschiedenen Seiten den europäischen Frieden bedroht, fordert er alle Genossen auf, jede Kriegserklärung, von welcher Seite sie auch kommen mag, mit dem Militärstreik mit dem Aufstand zu beantworten.“

Gleich nach der Eröffnung der Sitzung gibt der folgende S i d e u m das Wort dem

Genossen Baillant: Bebel hat in seiner gestrigen Rede gesagt, daß die Resolution Jaures-Baillant, die dem letzten Parteitag in Limoges die Mehrheit der zösischen Partei auf sich vereinigt hat, für Deutschland annehmbar sei, daß sie die deutsche Sozialdemokratie in größten Schwierigkeiten und Gefahren stürzen würde. glaube nicht, daß Bebel unsere Resolution so verstanden wie sie gemeint ist. Wir sind nicht hierher gekommen, irgend einer Faktion des internationalen Sozialismus in den Weg zu legen. Im Gegenteil, wir wollen uns gegenseitig fördern und auch der deutschen Sozialdemokratie Aufgaben erleichtern. Bebel hat vorgeschrieben in seiner grüßungsrede die bedeutenden Fortschritte geschildert, die deutsche Sozialdemokratie in den letzten drei Jahren gemacht hat. Wir nehmen mit um so größerer Genugung von unaufhaltsamen Fortschritten der deutschen Sozialdemokratie Kenntnis, als sie gerade den Zielen folgt, denen durch die Resolution von Limoges der Weg geebnet wird. Ich habe keine Übersicht über die Siege der Arbeiterklasse in den verschiedenen Ländern. Nur kurz will ich hervorheben, daß unsere österreichischen Parteigenossen den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit wunderbarer Kraft geführt und jeden Widerstand der Bourgeoisie der Drohung, daß unsehrbar der Generalstreik erklärt werden würde, gebrochen haben. Auch die Kraft der französischen Sozialdemokraten ist durch die Einigung gewaltig gestiegen. Jeder neue Beweis ihre wachsende Kraft und Energie. Ein noch größeres Faktum, das das Aufsteigen der Welt auf sich lenkt und die Taktik des Sozialismus beeinflusst hat, ist die vollständige Umwälzung der russischen Gesellschaft durch die Revolution. In dem großen russischen Kampfe hat die Sozialisten die Führung gehabt. Wir haben da Kampfformen entstehen sehen und wir sehen eine Kämpferin und Mitkämpferin um Rußlands Freiheit hier im Saal. deren Selbennut wir huldigen, die Genossin Rosa Luxemburg. (Bravo!) Um Kraft zu gewinnen, müssen wir Bewegungen des Proletariats vereinigen, sie einander anpassen. Denn das Wachstum des Sozialismus hat nur die innere Verfassung der einzelnen Länder, sondern die auswärtige Politik beeinflusst. Sogar bei internationalen Konflikten ist die Bourgeoisie schon vor dem Proletariat zurückgewichen. Ich erinnere nur an die Marokkaffäre, wo der einige Wille des Proletariats die Länder, Frankreich und Deutschlands, stark genug war, den Frieden aufrecht zu erhalten. Es entsteht nun die Frage, wie wir die jetzigen gewaltigen nationalen Kräfte Sozialdemokratie zusammenfassen und zur Verhinderung der Kriegsgefahr benutzen können, auf welchem Wege wir Intrigen der Diplomatie und die Komplote der Feinde unmöglich machen können. Gewiß, Bebel hat gesagt wollen, daß Deutschland allein den Kampf gegen Militarismus und die drohende Kriegsgefahr aufnehmen solle. Die deutsche Partei, in der idealistische und realistische Elemente so harmonisch vereinigt sind, müßte ihre ganze gangenheit verleugnen, wenn sie nicht mit uns gemeinsam den Kampf aufnehmen würde, um alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen suchen. Wie es den einzelnen Nationen am besten möglich ist, gegen den Krieg vorzugehen, sollten überlassen bleiben. Das eine aber muß gesagt werden können uns nicht mit Agitation und Organisation begnügen. In dem ökonomischen Kampfe begegnet überall die militärische Macht des Gegners. Es besteht Gefahr, daß die Bourgeoisie einen Weltkrieg nur entfesseln um die proletarische Bewegung zu schädigen. Gegen die Gefahr ist die persönliche Revolte Herve's. Unsin. Sie würde zu nichts anderem führen als zu heroischen Opfern der tüchtigsten Kämpfer. Wir müssen Staat entwaffnen, das Heer demokratisieren und die mächtige Politik kontrollieren. Die Nationen sind nicht möglich, sondern sogar notwendige Elemente der menschlichen Entwicklung. Bei leichteren Konflikten genügen Beschlüsse und Resolutionen, um die Kriegsgefahr zu bannen. Bei drohenden Konflikten zwischen Großmächten sind stärkere Mittel angewandt werden, und eine Reihe von Mitteln wollen wir nun hier in einer Resolution zusammenstellen, über deren Wortlaut wir uns verständigen können und verständigen müssen. Dann soll man in allen Ländern mit Entschiedenheit und Begeisterung das Klassenbewußt der Arbeiterkreise pflegen und, wo es nicht vorhanden ist, wecken suchen. (Lebhafter Beifall.)

Jaures wäre bereit, zunächst einem Gegner der Internationalen Baillant das Wort abzutreten. Es meldet sich niemand, und so fährt er fort: Die Resolution Baillant deckt sich mit der Resolution, die auf dem letzten französischen Parteitag mit Mehrheit gefaßt worden ist. Wenn wir hier hintereinander durch zwei Redner verteidigen lassen einmal, weil wir dem Gegenstand der Tagesordnung eine malrige Bedeutung beimessen, und sodann, weil man es dem Amsterdamer Kongreß mir übertragen hat, meine danken über die anzuwendenden Mittel niedereulegen, war stets und bin heute noch bewußter Anhänger einer Politik der Aktion durch die politische Partei. Wenn ich bekämpfe, so geschieht es nicht, weil ich überhaupt keine Mittel will, sondern weil ich die Mittel, deren sich Herve bedient, für falsch halte. Ihr habt uns in Amsterdam geneigt, habt gesagt, die Einigkeit sei die Voraussetzung für die mächtige Entwicklung des französischen Sozialismus. seid nicht müßig, wenn in dieser Frage der Aktion Franzosen das Primat der Lehre für uns in Anspruch nehmen (Herve: Ich auch für mich!) Wenn Herve übrigens die deutsche Partei in ständigen Redensarten zu kritisieren sucht hat, so hat er nur gezeigt, daß er ein echter Internationaler ist. Denn sonst hat er jahraus, jahrein diese griffe gegen die französische Partei gerichtet. (Hervor: Wenn ich jedes Mal, als Herve mich angriff, Schmiß bekommen hätte, ich sähe aus wie ein dem Körperstudent. (Große Heiterkeit.) So weit ausen Bebel und Herve auch gehen, in einem stimmen sie über Bebel schlägt Herve fast so hoch ein, wie Herve sich (Heiterkeit.) Das ist eine Überhöhung. Der Herve's der noch vor 14 Monaten auf dem Parteitag in Limoges eine Anhängerschaft hatte, ist im Rückgang, im Ausbleiben begriffen. Das Vaterland will Herve zerstören. Wenn das Vaterland zum Nutzen der Proletarier sozialisieren Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum (Beifall.) Denn die Nation ist das Schachhaus des menschlichen Genies und Fortschritts, und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur gerümmern. (Sehr gut!) Unsere Resolution hat mit Herveismus nichts zu tun. Sie ist nicht zufällig als Gegenpunkt einiger Träumer entstanden, sondern mit No digkeit herausgewachsen aus den großen Kriegen nach

und der Marokkogeographie, die wir durchgemacht haben. Da
sich die Proletariat fragen: Sollen wir diese Ver-
brechen gegen die Humanität, die zugunsten einiger Kapital-
isten gemacht werden sollen, dulden? Sollen wir sie nicht
bekämpfen durch die große Allianz der gewaltigen organi-
sierten Arbeitermassen? Ist das ein Traum, ist das eine
Utopie? Ginst möchten nationale Vorurteile den Krieg un-
vermeidlich machen, als Italien sich von Österreichs Fremd-
herrschaft befreite und Deutschland sich nur durch Blut und
Sweien einigen konnte. Aber jetzt sind diese
nationalen Vorurteile verschwunden und so kam es, daß in
der Marokkofrise der erste Gedanke der französischen und
deutschen Proletariat war, sich zu einigen. Schon nach Fa-
goba waren englische Trade-Unions zu einer nachwollen
Friedensdemonstration nach Paris gekommen, aber erst, nach-
dem die Kriegsgefahr längst überwunden war. Und sie sag-
ten uns, daß die Gefahr des proletarischen Bruderkampfes
überwunden hätte. Sollen wir uns auch in Zukunft über-
lassen lassen? O nein, es gilt vorbeugen, die proletari-
schen Kräfte zu einer unüberwindlichen Armee zusammen-
fassen. Man sagt, der Kampf gegen den Krieg sei unsonst,
denn der Kapitalismus erzeuge den Krieg mit Notwendig-
keit. Aber genau so hat der Kapitalismus die immanente
Tendenz, die Ausbeutung ins Ungemeinere zu steigern und
die Arbeitszeit ins Ungemeinere zu verlängern. Und doch
kämpfen wir für den Achtstundentag und mit
Erfolg. (Sehr gut!) Man wendet weiter ein,
wir sollten lieber unbittlich den Kampf gegen
den Kapitalismus führen, den Erzeuger des Krieges.
Wir lassen nicht nach im Kampfe gegen das Kapital. Aber
wenn wir den Militarismus bekämpfen, der die Hirne der
Arbeiter dem ausbeutenden Kapitalismus ausliefert, so
müssen wir auch den Militarismus, den Krieg bekämpfen,
der die Leiber des Proletariats in Chauvinismus, Haß und
Zorn einander entgegenwirft. (Vehehafter Beifall.) Es wäre
traurig, wenn wir nicht mehr sagen könnten als Bebel, daß
wir kein bestimmtes Mittel wissen, um die Völkerverhegung
und den Völkermord zu verhindern, traurig, wenn die ge-
waltig gestiegene Macht der deutschen Arbeiterklasse, die
internationalen Proletariats nicht weiter reicht! In keiner
Frage beantragen wir uns mehr mit der parlamentarischen
Aktion. Das Proletariat will selber als Spieler auf die
Bühne treten, selbst Spieler des eigenen Glückes sein. Auch
zur Verhütung und Umgestaltung des Krieges muß das
Proletariat alle Kräfte freimachen, die es in seinen gewal-
tigen Massen hat. (Bravo!) Bebel hat für den Fall des
Wahlrechtsraubes den Massenstreik angekündigt und der
Parteitag von Jena war so revolutionär entschlossen, daß
Bebel sich schon bis zu den Knien im Blute waten sah.
Kautsky hat die direkte Aktion in der „Neuen Zeit“ für
den Fall proklamiert, daß die deutschen Truppen in Rußland
zugunsten des Zaren intervenieren sollen. Bebel hat diesen
Satz von der Tribüne des Reichstages aus wiederholt.
Wenn Sie das sagen können, so sagen Sie es doch bei
allen internationalen Konflikten. (Sehr gut!) Gewiß, das
militärische Eingreifen Deutschlands zugunsten des Zaren
gegen die russische Sozialdemokratie wäre die äußerste, denk-
bar schärfste Form des Klassenkampfes. Aber wenn eine
Regierung nicht direkt gegen die Sozialdemokratie zu Felde
zieht, sondern erschreckt durch das Wachstum des Sozialis-
mus eine Diversion nach außen verucht, wenn auf diese
Weise ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ent-
steht, dürfte es dann erlaubt sein, daß das französische und
das deutsche Proletariat sich im Aufrufe und zum Nutzen
der Kapitalisten morden, ohne daß die Sozialdemokratie eine
Auerliche Kraftanstrengung versucht hätte? (Sehr gut!)
Wenn wir dies nicht veruchten, wären wir entehrt. (Sturm.
Beifall.) Bebel hat uns die Gefahren der antimilitaristischen
Agitation in Deutschland geschildert. Wir wollen gewiß
nicht riskieren, den stärksten Zweig des internationalen So-
zialismus zu zerstören, aber ich glaube, daß Sie übertreiben.
Ihr habt ja die Probe gemacht unter dem Sozialistengesetz,
daß die Hand eines Mannes auf Euch ruhte, die zehnmal
eifriger war als die irgend eines preussischen Ministers. Man
kann den einzelnen die Strenge des Gesetzes fühlen lassen,
aber man kann nicht die Kraft von 3 Millionen brechen.
Liebknecht wirft man in der Anklage, die jetzt vor dem
Reichsgericht gegen ihn schwebt, nicht vor, daß er das
Proletariat zur Bewaffnung aufgerufen habe für irgendeine
unbestimmte und ungenannte Kriegsgefahr, sondern die An-
klage erklärt bei der angeblichen Schwäche der französischen
Staatsverfassung einen Krieg zwischen Deutschland und Frank-
reich für durchaus wahrscheinlich und klagt ihn des Hochverrats
für den Fall dieses Krieges an. Also müßt Ihr auch diese
Möglichkeit ebenso in den Bereich Eurer Betrachtung ziehen
wie eine Invasion Deutschlands in Rußland und dafür Eure
Vorbereitungen treffen. Die bürgerlichen Blätter besprechen
seit alle die Größungsstimmung dieses unferes Kongresses.
Der „Mast“ bringt in seiner sensationellen Nummer die Bilder
von uns allen und alle mit der Unterschrift: „Nationale So-
zialdemokraten“, nur mich und meine französischen Freunde
mit der Unterschrift: „Antinationale Sozialdemokraten!“ (Gr.
Heiterkeit). Und an dem gleichen Tage bringt ein Leipziger
Kapitalistenblatt die Mitteilung, daß unter den nationalistischen
Resolutionen die Resolution Bebel die einzige anti-
nationalistische hier sei. (Große Heiterkeit.) Nun, so halten
sich im tiefsten Frieden die Boulevard-Blätter. Wenn aber
der Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich ausbräche,
die Würde dann die chauvinistische Brutalität ziellos gegen
eben von uns entfesselt werden, auch gegen die klügsten und
vorsichtigsten. (Beifall.) Deshalb sollten wir offen genug
sich zu sagen, daß wir zwar die Unverletzlichkeit eines jeden
Landes anerkennen, und es nicht der Ausbeutung und Unter-
drückung von Fremden preisgeben werden, daß wir aber
einestwegs zugeben werden, daß internationale Proletariat
schlachten zu lassen. Im deutschen Parteiprogramm steht
es 30 Jahren vor der Entscheidung internationaler Konflikte
durch Schiedsgerichte und jetzt hat die bürgerliche Presse ange-
kündigt der steigenden Macht der Sozialdemokratie diese Forderung
es internationalen Sozialismus zu ihrer Forderung gemacht.
Deshalb verpönte ich die Friedenskonferenz nicht, besonders
während sie im Gulter Zwischenfall und bei dem Marokko-
Konflikt doch eine Art Verständigung herbeigeführt hat. Wir
wären jede Regierung in die größte Verlegenheit bringen,
wenn wir sie im Falle eines internationalen Konfliktes auf-
fordern, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen, und sie
die größte Feindin des Weltfriedens brandmarken, wenn sie
diesem weigert. (Sehr gut.) Parteigenossen! Die ganze
bürgerliche Welt blickt auf diese Beratung, sie ist überrascht
über die Kraft des internationalen Sozialismus und sein
Wachstum, das sich in diesem Kongress kundgegeben hat.
Die bürgerliche Klasse ist überrascht, zu sehen, welche unermess-
liche und unerhörliche proletarische Kräfte durch 800 Dele-
gationen hier vertreten sind. Die bürgerliche Welt erregt
sich in diesem Augenblicke wollen Sie selbst sich unfähig be-
währen, wollen Sie selbst den Vankrott der Sozialdemokratie
heraus? (Stürmische, lang anhaltender, oft wiederholter
Beifall.)

o. Sollmar: Bürger Herve hat als Ergebnis seiner
den Vorkämpfer und Deutschland mitgeteilt, daß die
deutschen gutmütigen Leute sind. Da hat er vollkommen recht
gesprochen, denn es wird nicht in vielen Ländern Parteigenossen
geben, die sich solche Reden mit solcher Geduld und Ent-
schlossenheit anhören würden. (Sehr gut!), zum mindesten würde
man sie anders Land geben, das dem Bürger Herve

nicht eine bedeutend schärfere Antwort geben würde,
als ich sie jetzt hier geben werde. Bürger Herve
hat Ausführungen gemacht über die Bereitschaft ins Gefäng-
nis zu gehen, eine Frage, die nicht nur jeder Sozialist, son-
dern jedermann von Geschmack ohne Großsprecheri behan-
deln sollte. (Sehr gut!) Er hat Ausführungen über das
Wesen der deutschen Sozialdemokratie gemacht, die verschie-
dene deutsche Genossen durchaus über den Späß gefunden
haben. Und manche haben gemeint, daß ich ihm die ent-
sprechende Antwort hier geben sollte. Ich kann mich aber
damit begnügen, einfach zu sagen, daß unsere Selbstschätzung
es uns verbietet, vergleichende Ausführungen ernst zu nehmen
und darüber noch ein Wort zu verlieren. (Sehr gut! bei der
deutschen Delegation.) Wir sind weit davon entfernt, den
Bürger Herve als Repräsentant der französischen Sozial-
demokratie anzusehen oder uns in die französischen Partei-
verhältnisse einmischen zu wollen, aber ich muß dennoch
die französischen Parteigenossen auf die Gefahr aufmerk-
sam machen, in die sie sich durch ihre ganz außerordentliche
Nachgiebigkeit gegenüber dem Bürger Herve begeben,
um so mehr, als Jaures und Vaillant, wenn auch nicht in
der Sprache, die Herve selbst als äußerst brutal bezeichnet
hat, so doch in Beschüssen vielfach mit ihm übereingestimmt
haben und Herve durchaus recht hat, triumphierend darauf
hinzuweisen, daß er ein Bundesgenosse von Vaillant und
Jaures ist. Ich sage das gerade deshalb, weil Jaures uns
ermahnt hat, die Person des Bürgers Herve nicht allzu ernst
zu nehmen. Ach wenn nur Frankreich seine Ideen nicht
allzu ernst nähme und nicht nur zur Hälfte zurückwies,
während es seine Schlußfolgerungen annimmt. Ich kann
nur sagen, wir haben jetzt in Herve den Antimilitarismus
redoutable kennen gelernt und begreifen jetzt sehr vieles
und wundern uns über gar nichts mehr, was in der französischen
Partei vorgeht. (Sehr gut bei der deutschen Delegation!)
Ich will dem hohen Flug Jaures nicht folgen, vielleicht kann
ich es überhaupt nicht (Heiterkeit!), aber ich will es jeden-
falls erst gar nicht versuchen. Denn was man uns hier ge-
sagt hat, das sind Alltagslichkeiten, mit denen man vielleicht
in einer schwungvollen Rede Eindruck machen kann, die uns
aber doch gar nichts Neues sagen. Ich kann überhaupt nicht
einsehen, daß alle Rezepte, die man uns hier empfohlen hat,
über das hinausgehen, was vor Jahren und Jahrzehnten
Nieuwenhuis auf internationalen Kongressen vorgetragen
hat und was damals von der überwiegenden Mehrheit ver-
worfen worden ist. Deshalb werde ich mich darauf be-
schränken, in aller Ruhe und Überlegung die Erklärungen
abzugeben, die unsere Meinung darstellen von dem, was im
Augenblick notwendig ist, wie die Deutschen denken und wie
sie handeln werden. Ich bin kein kritikloser Lobredner
meiner Partei, aber ich kann sagen, daß in keiner Partei
die nationale Befangenheit eine geringere Rolle gespielt hat
als in der deutschen Sozialdemokratie und daß nirgendwo
der Militarismus und die Kriege von Anfang an entschie-
dener und folgerichtiger bekämpft worden sind als von der
deutschen Sozialdemokratie. Wir sind bereit, in der alten
Weise unermüdet und unablässig unseren Kampf gegen den
Militarismus und die Kriegsgefahr fortzusetzen, aber wir
werden uns den Sinn dieses Kampfes nicht entstellen lassen.
Es ist nicht wahr, daß der Internationalismus Antinationa-
lismus ist, es ist nicht wahr, daß wir kein Vaterland haben.
Und ich sage das Wort „Vaterland“, ohne irgendeine haar-
spalterische Deklaration über den Begriff hinzuzufügen. Die
Liebe zur Menschheit kann uns in keinem Augenblicke daran
hindern, gute Deutsche zu sein. So sehr wir die
gemeinsamen Kultur-Interessen anerkennen und die
Verhegung der Völker verdammen und bekämpfen,
so wenig geben wir uns aber utopistischen
Bestrebungen hin. Als ob es wünschenswert sei, Nationen
aufzuheben und einen unterschiedslosen Völkerebrei
daraus zu machen! (Jaures: Wer will denn das?) Genosse
Jaures, wir sind hier nicht allein im Saal, und so lange
Herve noch in Ihrer Partei sitzt, sind Sie für ihn verant-
wortlich und können diese Verantwortung nicht mit einem
einfachen Achselzucken ablehnen. Aber wir wollen Ihnen
nicht ein Zerstück des Internationalismus liefern, wir
wollen nicht den herrschenden Klassen als Deckmantel für
ihre egoistischen Interessen das nationale Argument selbst an
die Hand geben. Liebknecht hat einmal gesagt, daß die
deutsche Sozialdemokratie mit ihrem Wachstum den Krieg
bekämpfe durch die Gewinnung des Parlaments und der
öffentlichen Meinung, daß sie aber den Krieg nicht ver-
hindern werde und wolle durch kindische Revolu-
tionspielerereien in der Kaserne. Auf diesen
Standpunkt hat sich die erdrückende Mehrheit der deutschen
Partei stets gestellt. Zu kindischen Verschwörungen in der
Kaserne gehören aber auch die Mittel, die die französische
Resolution Vaillant in ihrem letzten Abjag angibt. Vaillant
soll auf dem französischen Parteitag in Nancy gesagt haben,
er werde in Stuttgart nichts anderes und nichts gegen die
Deutschen tun. Wenn er das vielleicht will, so soll er zuerst
die französische Resolution fallen lassen, denn sie ist für uns,
rund heraus erklärt, einfach und für allemal in allen
Zeiten unannehmbar. Wenn Sie aber eine Macht-
probe aus Ihrer Annahme machen, so werden Sie damit
eine Schädigung der deutschen Partei herbeiführen. So
gern wir mit den französischen Parteigenossen und besonders
mit Ihnen zusammengehen, in diesem Punkte ist uns Deut-
schen ein Abgehen von unserem Standpunkte nicht möglich.
Wir begreifen ja sehr gut, daß die Agitation gegen den Mi-
litarismus durch die Aufklärung der Massen langsam, zu-
langsam geht, und daß man dann auf Mittel sinnt, die eine
schnellere und wirksamere Bekämpfung des Militarismus
möglich erscheinen lassen. Aber bei allen diesen Untersu-
chungen ist nichts Brauchbares herausgekommen, ist nichts her-
ausgekommen, als alte Rezepte, die Deutschland und die
Internationalen schon wiederholt zurückgewiesen haben. Jaures
hat gemeint, daß wir die Gefahren der antimilitaristischen
Agitation in Deutschland übertrieben. Ich glaube, das ist
ein billiger Einwand. In diesem Falle muß Jaures uns
deutschen Parteigenossen schon in erster Linie überlassen,
über die Gefahren, die wir seit drei Jahren auf das sorg-
fältigste geprüft haben, ein Urteil abzugeben. Jaures berief
sich auf Kautsky. Ich kenne die fragliche Äußerung nicht,
aber gerade Jaures wird doch den Unterschied zwischen einer
Äußerung Kautskys und einer bindenden Verpflichtung der
deutschen Sozialdemokratie nicht verkennen. Was Liebknecht
anbetrifft, so scheidet alles, was er gesagt und getan hat
in bezug auf den Antimilitarismus, in dem Augenblick
aus der Diskussion aus, in dem das Reichsgericht das Haupt-
verfahren gegen ihn eröffnet hat. Ich kann aber sagen, daß
wir die antimilitaristischen Mittel des Militärstreiks und der
Insurrektion nicht nur für unklug, sondern für prinzipiell
verfehlt halten. (Widerpruch bei einem Teil der französi-
schen Delegierten, insbesondere bei Herve.) Sie verkennen
den ganzen Zusammenhang der sozialistischen Bewegung,
weil Sie anstatt die soziale Frage in ihrem Kern zu erfassen,
sich lediglich an die einzelnen Erscheinungen halten. Die
Idee, durch den Generalstreik den Krieg aus der Welt zu
schaffen, erscheint mir so töricht, wie durch einen General-
streik über Nacht den Kapitalismus zu vernichten! Ich
glaube, daß es ein Schritt vom rechten Wege wäre, wenn
Sie diese Latit einschlagen. Wir würde es am besten er-
scheinen, wenn wir in der Frage des Militarismus einfach
die Berliner Resolution erneuerten. Aber nachdem wir ein-
mal in die Beratung eingetreten sind, verstehe ich es ja, daß

Sie eine neue Resolution gefaßt sehen wollen. Wenn Sie
auch nicht mehr sagt, so ist es doch wenigstens etwas Neues.
(Heiterkeit und lebhafter Widerspruch bei einem Teil der
französischen Delegation.) Ich kann Sie versichern, daß wir
den ganzen Gang eines Krieges kennen und genau so wie
jede andere Fraktion des Sozialismus bereit sind, alle Mittel
anzuwenden, die uns zur Verfügung stehen, um der Völker-
verhegung Einhalt zu tun und Einfluß auf Regierung und
öffentliche Meinung zu gewinnen zur Vermeidung kriegeri-
scher Zusammenstöße. Aber in bezug auf die Mittel bitten
wir dringend, uns die Freiheit der Entschlebung nicht zu
nehmen. (Bravo b. d. deutschen Delegation.)
Berichtigend stellt Vaillant fest, daß in der deutschen
Abersehung seiner Resolution ein Irrtum vorgekommen
sei, insofern er nicht die allgemeine Dienstpflicht, sondern die
allgemeine Völkerverweigerung fordert, um dadurch
die Bourgeoisie zu entwaffnen und das Proletariat zu be-
waffnen.
Nach dieser Berichtigung wird die Weiterberatung auf
morgen vormittag 10 Uhr vertagt.
Soziales und Parteilieben.
Streiks und Lohnbewegungen. Die Maschinisten,
Setzer, Schlosser und Hilfsarbeiter des
deutschen Elektrizitätswerkes in Solingen
haben ihre Kündigung eingereicht, weil die Direk-
tion des Werkes eine von den Arbeitern gewählte Lohn-
kommission, anstatt auf deren in Auftrage sämtlicher
Arbeiter gemachten Tarifvorschlag auch nur mit einem Worte
zu antworten, einfach aufs Straßenspalt geworfen hat.
Die eingereichten Lohnforderungen waren recht minimale.
Zugang der betreffenden Arbeitsberufe nach Solingen ist zu
meiden. — Der Bochumer Tabakarbeiteraus-
stand ist beendet. Die Firma Hamburger Tabak-
Manufaktur zu Bochum, Inhaber Gebr. Dewe, hat sämtliche
Forderungen der ausländigen Arbeiter bewilligt, worauf
die über die Firma verhängte Sperre aufgehoben ist. —
Der Streik der Dachdecker in Halberstadt
ist beendet, und zwar mit einem vollen Siege der Arbeiter,
deren sämtliche Forderungen bewilligt sind. Der abge-
schlossene Tarif läuft bis 1. April 1909. — Die Dach-
decker in Worms sind in den Ausstand ge-
treten. Sie hatten die Erhöhung des Stundenlohnes von
50 auf 55 Pfg. gefordert, wogegen die Unternehmer
nur 52 Pfg. bewilligen wollten. Zugang von
Dachdeckern nach Worms ist streng fernzuhalten. —
Die ober-schlesischen Industriemagnaten sollen
nach Meldung der „Frankf. Ztg.“ bei einer vertraulichen
Besprechung beschlossen haben, nur solche Lohnforderungen
entgegenzunehmen, die die eigenen Belegschaften stellen, die
Einmischung jeglicher Organisationen aber abzuweisen. Sie
hoffen jedenfalls, daß sich unter „ihren“ Arbeitern nicht so
leicht jemand findet, der Forderungen einreicht. Und findet
sich einmal einer, so kann man ja durch seine Maßregelung
leicht anderen die Lust vergällen, es ihm nachzutun. So
wollen sich die Herren Friedensbrüche in ihren Werken
schaffen. — Die christlich-organisierten Konfek-
tionarbeiter sind in Neudorf in drei
großen Konfektionsgeschäften in den Ausstand getreten. —
Die Stettiner Klemperer stehen vor einer
Lohnbewegung. Auf die von ihnen gemachten Tarif-
vorschläge haben die Unternehmer so geringes Entgegen-
kommen bewiesen, daß die Verhandlungen scheiterten. Eine
Klempererverammlung ersuchte den Gesellenausschuß, weitere
Verhandlungen zu versuchen. Sollten die Arbeitgeber diese
ablehnen, dann wollen die Organisationen weitere Schritte
unternehmen und vorläufig die Sperre verhängen. — Die
Hausdiener der Berliner Warenhäuser beab-
sichtigen eine Lohnbewegung. In einer Versammlung
wurde der Transportarbeiterverband beauftragt, alle mit
Warenhäusern abgeschlossenen Tarife zu kündigen. Dann
soll in einer weiteren Versammlung ein neuer Tarif beraten
und nach Beschluß den Warenhäusern vorgelegt werden.
Aus Nah und Fern.
Der unmensliche Vater. Musikdirektor Steinbel in
Stuttgart, der seine drei Söhne, um sie zu
Virtuoson zu drillen, in entsetzlicher Weise miß-
handelt hat, wurde zu 7 Monaten und 3 Tagen Ge-
fängnis verurteilt. Auch wurde er wegen Fluchtverdachts in
Haft genommen. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängnis
beantragt.
Furchtbare Familientragödie. Die Ehefrau des Glu-
wobners Driesenbach in der Elisabethstraße in Frankfurt a. M.
tötete ihre beiden Kinder durch Ertränken im Main und be-
ging darauf Selbstmord. Das Motiv der Familientragödie
ist unbekannt. Die Leichen sind bisher nicht gelandet.
Ein Verbrechen oder Unglücksfall. In das Kölner
Hospital wurde ein junges Mädchen eingeliefert, das in
einem Hause mit einer brennenden Lampe die Treppe hin-
untergestürzt war und so schwer verbrannte, daß es kurz
darauf an den Folgen starb. Es stellte sich heraus, daß das
Mädchen schon seit einiger Zeit von den Angehörigen als
verminkt gemeldet wurde. Man hielt nun in dem betr. Hause
Nachforschung und fand eine Kisterhöhle schlammiger Art vor.
Es wurde festgestellt, daß das verstorbene Mädchen sich mit
der Besitzerin des Hauses in dem Augenblicke im Streit be-
fand, als der Todessturz erfolgte, so daß ein Verbrechen nicht
ausgeschlossen erscheint.
Opfer des Schneesturmes. Nur den Mallnitzer Tauern
gerieten am 17. d. Mts. der Scheibermeister Pichler aus Mall-
nitz, dessen Gattin und sein Gehilfe in einen Schneesturm.
Das Ehepaar blieb in einer Scharte enträuft liegen und
verschmachtete; der Geselle schleppte sich in das Tauernhaus
und wurde morgens schwerkrank mit den beiden Leichen von
der Rettungs-Expedition zu Tal befördert.
Einbruch im Dresdener Zwinger. In der Nacht zum
Dienstag ist im Dresdener königlichen Mineralogisch-geolo-
gischen Museum ein schwerer Einbruch verübt worden. Der
Zäter wurde von Museumswärtern überrascht und verließ
fluchtartig barfüßig das Museum. Er hat einen Strohhut
zurückgelassen, in dem sich als Einlage der „Weltspiegel“
vom 8. August d. J. befand. Man nimmt an, daß der Ver-
brecher aus Berlin stammt. Die Berliner Kriminalpolizei
wurde sofort von dem Einbruch verständigt. Obwohl der
Museumsdieb mitten in seiner Tätigkeit überrascht wurde,
hatte er doch eine reiche Beute davongetragen. Es sind in
seine Hände gefallen; 33 lose Diamanten bis zur
Größe einer starken Erbse, acht mittelgroße Stücke
gediegenen Goldes, viele wertvolle Edel-
steine, besonders Saphire und Smaragden, Platin, Iri-
dium und Iridosmium. Die Glaslasten waren sämtlich zer-
schlagen worden. Die Dresdener Kriminalpolizei hat auf
die Ermittlung des Täters eine hohe Belohnung ausgesetzt.
Sämtliche Dresdener Juwelierläden wurden heute von Krimi-
nalbeamten überwacht. Iridium, das auch gestohlen wurde,
ist ein sehr spärlich vorkommendes, dem Platin ähnliches
Metall. Seine Farbe ist weiß, zwischen der des Silbers
und des Zinns. Es ist noch teurer als Platin. Das Iridos-
mium ist eine Verbindung von Osmium und Iridium.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.
Verleger: E. S. G. warh. Druck: F. v. d. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.